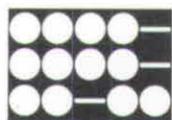


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

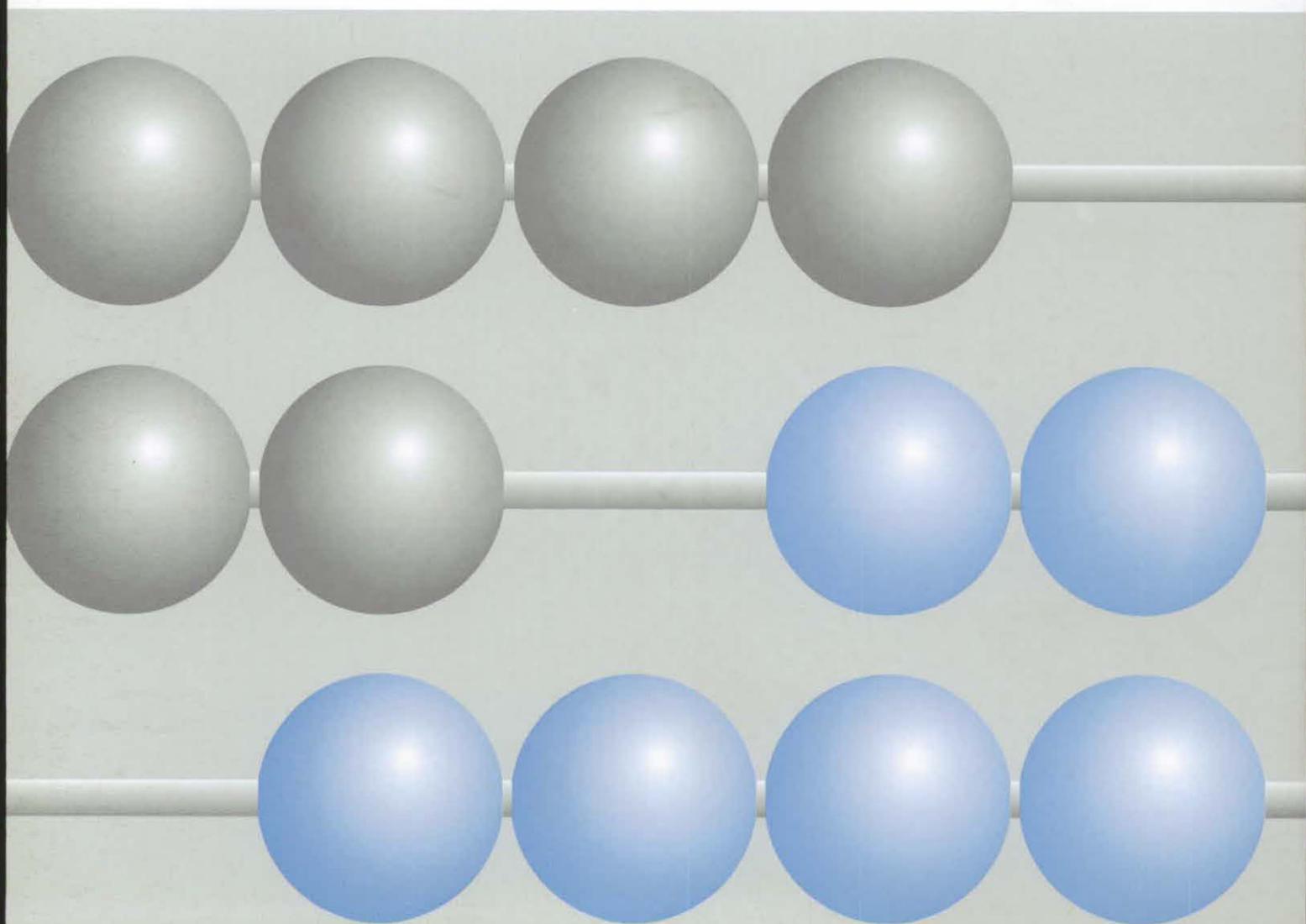


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



50. Jahrgang, Heft 6, Juni 1998

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 11 41
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0
Telefax (04 31) 68 95-4 98

Schriftleitung:
Fritz Wormeck
App. 2 46

Vertrieb:
App. 2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947 - 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

50. Jahrgang • Heft 6

Juni 1998

Inhalt	
• Kurz gefaßt	110
Ehescheidungen, Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe, Einnahmen der Kommunen, Auszubildende, Insolvenzen, Wohnungsbestand, Bauhauptgewerbe	
• Aufsätze	
Personal im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 30. Juni 1996	112
Vorweg gibt der Autor methodische und begriffliche Hinweise zur Personalstandstatistik, dann beschreibt er den Personalstand in Schleswig-Holstein am 30.06.1996, u. a. geht er auf die herausragenden Beschäftigungsbereiche und auf die Stellung der Frau im öffentlichen Dienst ein. Ausführlich wird die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung dargestellt, und zwar getrennt für beide Geschlechter wie auch für die einzelnen Dienstherren Gemeinde, Land und Bund. Weiterhin untersucht der Autor die Beschäftigungsverhältnisse und zeigt dabei den unterschiedlichen Status von Angestellten und Beamten auf. Zum Schluß erhält der Leser einen Überblick über die Altersstruktur des Personals im öffentlichen Dienst, wobei auch wesentliche Veränderungen durch den Vergleich zu den Ergebnissen der Personalstandstatistik vom 30.06.1986 herausgearbeitet werden. Ein Ergebnis von vielen anderen: Die Zahl der Beschäftigten im höheren Dienst hat zugenommen, die im gehobenen Dienst blieb etwa konstant, die Beschäftigtenzahl im mittleren Dienst hat abgenommen.	
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im Mai 1997	124
Der Autor beschreibt für neun ausgewählte Gewerbebezüge des Handwerks die Wochenarbeitszeit und die Bruttoverdienste, und zwar unterschieden nach dem Geschlecht der dort Beschäftigten sowie nach den einzelnen Arbeitergruppen.	
• Grafik	
Landeshaushalt 1998	118
• Entwicklung im Bild	127
• Beilage	
Zahlenbeilage	

Weiterer Anstieg der Ehescheidungen in 1997

Im Jahr 1997 wurden in Schleswig-Holstein 6 915 Ehescheidungen rechtskräftig, das sind 93 oder 1,4 % mehr als im Jahr zuvor.

3 999 (58 %) der Verfahren wurden von der Ehefrau, 2 032 (29 %) vom Ehemann und 884 (13 %) von beiden Ehepartnern beantragt.

Am häufigsten wurden Ehen aus dem Jahr 1992 geschieden (550), gefolgt von Ehen aus den Jahren 1993 (456) und 1991 (431).

Bei 3 807 Scheidungen (55 % aller Scheidungen) waren minderjährige Kinder betroffen. Der Zahl der von einer Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder stieg gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 6 154. Auf jede geschiedene Ehe mit Kindern kamen wie im Vorjahr durchschnittlich 1,6 Kinder.

Gute Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe

Die vor kurzem von den drei Industrie- und Handelskammern Schleswig-Holsteins der Öffentlichkeit präsentierte Ergebnisse der Konjunkturumfrage für das 1. Quartal 1998 werden durch die für den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes auf deutlich breiterer Basis ermittelten Konjunkturdaten gestützt.

So konnten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein im 1. Quartal 1998 um 12 % höhere Auftragsgänge verbuchen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zwar übertraf auch im Berichtszeitraum noch der Zuwachs bei den Inlandsaufträgen mit +16 % das Plus bei den Ordereingängen aus dem Inland. Jedoch bedeutete deren Zunahme von +8,7 % gegenüber den überwiegend durch Rückgänge gekennzeichneten Ergebnissen des Jahres 1997 eine wesentliche Verbesserung. Die Inlandsauftragseingänge tragen damit zunehmend zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe bei.

Auch bei den Umsätzen, die im 1. Quartal 1998 um 3,8 % gestiegen sind, scheint sich allmählich die Lage im Inlandsgeschäft (+3,2 %) zu verbessern. Die Umsätze mit ausländischen Kunden stiegen um 5,3 %.

Die positiven Zeichen auf der Nachfrage- und Absatzseite hatten noch keine stabilisierende Wirkung auf die Beschäftigungssituation. Der Personalabbau lag im Berichtszeitraum bei -2,7 % bzw. knapp 4 000 Beschäftigten.

Einnahmen der Kommunen überstiegen die Ausgaben um 20 Mill. DM

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 1997 Einnahmen in Höhe von 13 794 Mill. DM; das sind 31 Mill. DM oder 0,2 % weniger als im Vorjahr. Die Ausgaben verringerten sich um 8 Mill. DM (-0,1 %) auf 13 774 Mill. DM. In ihren Verwaltungshaushalten erzielten die Gemeinden einen Einnahmezuwachs von 113 Mill. DM (+1,0 %). Er beruht zur Hauptsache auf dem Anstieg der Steuern um 4,5 %. Im Vermögenshaushalt wurden im Vergleich zum vorherigen Jahr 144 Mill. DM (-4,9 %) weniger eingenommen.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts stiegen um 139 Mill. DM (+1,3 %). Für Personalausgaben mußten 2,7 % mehr aufgewendet werden. Die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich um 4,1 %, und die Zinsausgaben nahmen um 1,8 % zu. Demgegenüber sanken die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand um 3,1 % und die für allgemeine Zuweisungen und Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände um 2,1 %.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts unterschritten das Vorjahresergebnis um 147 Mill. DM (-4,8 %). Bei der gewichtigsten Ausgabeart, den Baumaßnahmen, betrug die Abnahme 8,3 %.

Zahl der Auszubildenden leicht angestiegen

Zum Erhebungsstichtag der Berufsbildungsstatistik, dem 31.12.1997, wurden in Schleswig-Holstein 52 058 Auszubildende registriert, dies waren 634 oder 1,2 % mehr als 1996. In den Jahren zuvor hatte ihre Zahl beständig abgenommen; im Jahr 1996 war ein Rückgang um 1,9 % zu verzeichnen gewesen.

In den beiden Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk lernten 80 % der Auszubildenden. Die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse konnte im Bereich Industrie und Handel um 2,5 % und im Handwerk um 1,0 % gesteigert werden. War im Jahr 1996 die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in Industrie und Handel erstmals in der Geschichte dieser Statistik geringer gewesen als im Handwerk, so wurden in 1997 wieder mehr – wenn auch nur 52 – Ausbildungsverhältnisse als im Handwerk registriert.

Der Rückgang der Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Dienst setzte sich in diesem Jahr mit einer Rate von -2,2 % fort, nachdem er im Vorjahr noch -8,8 % betrug. Deutlich zugenommen hat die Zahl der landwirtschaftlichen Lehrlinge (10,2 %), und im Bereich Hauswirtschaft wurden 8,8 % mehr Auszubildende registriert.

Der Anteil der Frauen an den Auszubildenden insgesamt beträgt gegenüber den Vorjahren unverändert 42 %. Besonders häufig vertreten sind Frauen im Bereich Hauswirtschaft und in den Freien Berufen. Im Handwerk sind dagegen nur 21 % der Auszubildenden junge Damen. Ausgewogener ist die Geschlechterverteilung im Bereich Industrie und Handel mit einem Frauenanteil von 46 %.

Über ein Drittel der am Stichtag bestehenden Ausbildungsverträge war im Laufe des Jahres 1997 neu abgeschlossen worden. 5 100 Ausbildungsverhältnisse wurden gleichzeitig vorzeitig aufgelöst.

Insolvenzen in Schleswig-Holstein im ersten Quartal 1998

In Schleswig-Holstein wurden von Januar bis einschließlich März dieses Jahres 291 Konkursverfahren bei den Amtsgerichten des Landes beantragt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 36 Fälle. 232 Verfahren betrafen Unternehmen und freie Berufe (erstes Quartal 1997: 208), sonstige Gemeinschuldner waren in 59 Fällen vom Konkurs betroffen (erstes Quartal 1997: 47). Gut drei Viertel der Konkursverfahren gegen Unternehmen und freie Berufe wurden mangels Masse abgelehnt, bei den sonstigen Gemeinschuldnern betrug diese Quote sogar 81,4 %.

Unternehmen mit einer Existenzdauer von weniger als acht Jahren gerieten in 184 Fällen in Zahlungsschwierigkeiten, bei den älteren Unternehmen ergab sich mit 48 Verfahren keine Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Mit 126 Insolvenzen war die Gesellschaft mit beschränkter Haftung die am häufigsten von Konkurs betroffene Rechtsform. Bei der Interpretation muß allerdings die Häufigkeit, mit der Unternehmen in dieser Rechtsform firmieren, berücksichtigt werden.

Einen Zuwachs an Konkursen verzeichneten die Wirtschaftszweige „Verarbeitendes Gewerbe“ (auf insgesamt 39 Fälle), „Verkehrs- und Nachrichtenüber-

mittlung“ (21 Verfahren) sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen usw.“ (39 Fälle). Erfreulicher fiel die Entwicklung im Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“ aus, in welchem die Insolvenzen von 45 Verfahren im Vorjahreszeitraum auf 36 Fälle zurückgingen.

20 500 neue Wohnungen

Ende 1997 gab es in Schleswig-Holstein über 658 000 Wohngebäude mit zusammen 1,24 Mill. Wohnungen. Einschließlich der über 30 000 Wohnungen in Nichtwohngebäuden ergibt sich ein Gesamtbestand von 1,27 Mill. Wohnungen oder 1,6 % mehr als Ende 1996.

Der Bestand an Wohngebäuden setzt sich aus 490 000 Einfamilien-, 87 000 Zweifamilien- und 82 000 Mehrfamilienhäusern zusammen. In den Mehrfamilienhäusern befanden sich rund 575 000 Wohnungen.

Weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein waren im Durchschnitt der Monate Januar bis März 1998 37 324 Personen beschäftigt, knapp 3 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die geleisteten Arbeitsstunden haben dagegen im ersten Vierteljahr gegenüber dem Vorjahr um mehr als 5 % auf mehr als 9,5 Mill. Stunden zugenommen.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten haben im ersten Vierteljahr 1998 leicht zugenommen. Sie lagen mit 679 Mill. DM um knapp 1 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Hiervon profitieren vor allem der öffentliche und Verkehrsbau (+ 11,8 %) sowie der Wirtschaftsbau (+ 4,9 %), während im Wohnungsbau die Auftragseingänge um 11,7 % zurückgingen.

Personal im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 30. Juni 1996

Als Arbeitgeber kommt der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein – wie auch im gesamten Bundesgebiet – eine herausragende Bedeutung zu. Zum Stichtag 30. Juni 1996 beschäftigte der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein 195 954 Personen. Rechnet man die knapp 10 000 Arbeitsplätze der öffentlich bestimmten rechtlich selbständigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Bundes in Schleswig-Holstein, des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände hinzu, standen über 200 000 Personen in Schleswig-Holstein in einem Beschäftigungsverhältnis mit einem öffentlichen Arbeitgeber. Gemessen an allen 1 076 964 Arbeitsplätzen, die der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder als Jahresdurchschnitt für 1996 in Schleswig-Holstein ermittelte, lag damit das Gewicht der öffentlichen Hand als Arbeitgeber bei etwa einem Fünftel.

Das Personal der öffentlichen Hand steht derzeit nicht nur aufgrund seiner quantitativen Bedeutung für den Arbeitsmarkt im Zentrum des Interesses, sondern auch wegen der gesellschaftlichen Funktion der von diesem Personal geleisteten Aufgaben. Die Öffentlichkeit nimmt starken Anteil daran, ob und wie sich etwa die Zahl der Lehrer, der Polizisten oder des Krankenhauspersonals in der Zusammensetzung nach dem Alter, dem Geschlecht und nach dem Beschäftigungsverhältnis (Arbeiter, Angestellte und Beamte) verändert. Anhand dieser Kriterien soll beurteilt werden, ob der Staat seine Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen, für die innere Sicherheit oder für die Gleichstellung von Frauen – um nur einige Aspekte herauszugreifen – in ausreichendem Maße wahrnimmt.

Bereits seit Anfang der achtziger Jahre wird eine generelle Deregulierungsdebatte geführt, die vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte an Dynamik gewonnen hat. Hierbei möchte man als überflüssig erachtete Normen und Verwaltungsvorschriften abbauen, Privatisierungspotentiale ausschöpfen sowie Effizienz- und Qualitätsgewinne realisieren. Die damit verbundene organisatorische Neuorientierung des öffentlichen Sektors soll in besonderem Maße die Personalführung und Leistungsmotivation berücksichtigen. Dies würde den Umfang und die Struktur des Personals im öffentlichen Dienst spürbar verändern. Ähnliche Ziele vertritt auch die schleswig-holsteinische Landesregierung, wie etwa die Presseinformation der Ministerpräsidentin vom 29.05.1998 zeigt. Die Statistik des öffentlichen

Personals dient als Planungsgrundlage, um die derzeitige Personalstruktur festzustellen, künftige Ziele der Personalentwicklung abzuleiten und die hierfür geeignet erscheinenden Maßnahmen aufzuzeigen.

Rechtliche Grundlage, Erhebungsmerkmale und Begriffsbestimmungen

Nach § 6 des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz - FPStatG) vom 21.12.1992^a (BGBl I S. 119) sind jährlich zum Stichtag 30. Juni alle in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu einem öffentlichen Dienstherrn stehenden Beschäftigten zu erfassen. Neben den Kernhaushalten und in diesen aufzuführenden Sonderrechnungen werden erstmals für das Jahr 1996 auch die öffentlich bestimmten rechtlich selbständigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) in die Betrachtung einbezogen. Angesichts der in den letzten Jahren zu beobachtenden Ausgliederungstendenzen von Aktivitäten aus den Kernhaushalten wurde die Berücksichtigung der FEU notwendig, um ein Gesamtbild der Beschäftigtenzahlen aller öffentlichen Arbeitgeber darzustellen und so die zeitliche und regionale Vergleichbarkeit der statistischen Daten für den „Public Sector“ zu gewährleisten. Da allerdings derzeit noch nicht alle Daten für die FEU vorliegen, bleiben diese im folgenden außer Betracht.

Erhebungsmerkmale der Personalstandstatistik sind das Alter, das Geschlecht, die Laufbahngruppe, die Einstufung, die Art, der Umfang und die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses sowie der Beschäftigungsort jedes einzelnen Mitarbeiters. Bei den Beschäftigten von Bund und Ländern werden auch Einzelplan, Kapitel und Aufgabenbereich, bei denjenigen der Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunalen Zweckverbände und der juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit mit kommunalen Aufgaben nur der Aufgabenbereich zusätzlich erfaßt. Für das Personal der FEU gilt ein verkürztes Erhebungsprogramm.

Die Statistik erfaßt diejenigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die zum Stichtag in einem ent-

^a zuletzt geändert durch Art. 12 Abs. 36 des Gesetzes vom 14.09.1994 (BGBl. I S. 2325)

gelpflichtigen Dienst- oder Vertragsverhältnis gestanden haben. Mitarbeiter in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen bleiben unberücksichtigt. Nach dem jeweiligen Dienstherrn wird das Personal beim Bund und beim Land dem unmittelbaren oder dem mittelbaren Dienst zugeordnet. Im unmittelbaren Dienst werden die Beschäftigten bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen) sowie des Bundeseisenbahnvermögens geführt. Zum mittelbaren Dienst rechnet vor allem das Personal der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Bundes und des Landes sowie der Träger der Zusatzversorgung von Bund und Ländern.

Als Sekundärstatistik verzichtet die Statistik des Personals im öffentlichen Dienst auf eine direkte Befragung der Mitarbeiter. Auskunftspflichtig sind die zuständigen Landesministerinnen und -minister, die Leiterinnen und Leiter der Erhebungseinheiten oder der für die Zahlbarmachung der Bezüge zuständigen Stellen. Die quantitativ bedeutendste Berichtsstelle in Schleswig-Holstein ist das Landesbesoldungsamt.

Beschäftigte nach Dienstherrn

Von den 195 954 im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 30.06.1996 beschäftigten Personen standen knapp 40 % in Diensten des Landes. Als zweit-

größter Arbeitgeber öffentlich Bediensteter fungierte der Bund, dessen Anteil mit 30,1 % etwas über dem der Gemeinden und Gemeindeverbände (28,3 %) lag. Auf die kommunalen Zweckverbände entfielen 1,5 % der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Trotz der Auslagerung von Aufgaben aus den Kernhaushalten und Umstrukturierungen² beschäftigte der unmittelbare Dienst, das traditionelle Betätigungsfeld der öffentlichen Hand, nach wie vor den Großteil des öffentlichen Personals.

Insgesamt verringerte sich die Zahl der 1996 im öffentlichen Dienst Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 2 512 Mitarbeiter oder 1,3 %. Während der Personalstand des Landes um 992 Personen und derjenige der kommunalen Zweckverbände um 120 Mitarbeiter anstieg, reduzierte der Bund sein Personal um 1 952 Beschäftigte, die Gemeinden und Gemeindeverbände sparten 1 672 Stellen ein. Ohne die Zugänge beim Bundeseisenbahnvermögen, die allerdings nur im Rahmen einer regionalen Neugliederung und nicht durch Einstellungen verursacht wurden, wäre die Beschäftigungsabnahme beim Bund noch deutlicher ausgefallen.

² So wechselte das Personal der Landeskrankenhäuser aufgrund des Fachklinikgesetzes (FKIG) vom 08.12.1995 (GVBl. Schl.-Holst., S. 452) 1996 vom unmittelbaren in den mittelbaren Dienst des Landes.

Personal im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein am 30.06.1996 nach Beschäftigungsbereichen

Beschäftigungsbereich	Insgesamt		Darunter Frauen		Frauenquote in %
	Anzahl	Veränderung gegenüber 1995 in %	Anzahl	Veränderung gegenüber 1995 in %	
Land ¹	78 373	1,3	39 078	5,2	49,9
davon					
unmittelbarer Dienst	69 858	0,7 ^a	33 730	4,2 ^a	48,3
mittelbarer Dienst	8 515	14,0 ^a	5 348	9,4 ^a	62,8
Gemeinden und Gemeindeverbände	55 534	- 2,9	29 985	- 3,2	54,0
Kommunale Zweckverbände	3 015	4,1	1 720	4,2	57,0
Bund	59 032	- 3,2	10 805	- 1,6	18,3
davon					
unmittelbarer Dienst	52 978	- 3,6	7 264	- 2,9	13,7
mittelbarer Dienst	6 054	0,2	3 541	1,1	58,5
Gebietskörperschaften und kommunale Zweckverbände insgesamt	195 954	- 1,3	81 588	1,0	41,6

¹ Die Landeskrankenhäuser Schleswig, Neustadt und Heiligenhafen mit der zugeordneten Abteilung Kiel-Elmschenhagen sind ab 01.01.1996 als Anstalten des öffentlichen Rechts eingerichtet worden, wodurch deren Beschäftigte nicht mehr dem unmittelbaren, sondern dem mittelbaren Landesdienst zugerechnet werden.

^a Bei den angegebenen Veränderungsdaten wurden die Landeskrankenhäuser aus beiden Beschäftigungsbereichen für beide Jahre herausgerechnet. Der Personalstand der Landeskrankenhäuser reduzierte sich im Betrachtungszeitraum von 3 455 auf 3 307 Personen (- 4,3 %), während der Zuwachs bei den weiblichen Beschäftigten 15,8 % betrug (von 2 045 auf 2 368 Frauen).

Besonders starke Rückgänge der Beschäftigtenzahlen verzeichneten die rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Landes (- 5,0 %), die Krankenhäuser der Gemeinden und Gemeindeverbände (- 7,8 %), die Verwaltung und die rechtlich unselbständigen Unternehmen des Bundes (- 5,5 %) sowie der übrige mittelbare Bundesdienst (- 5,1 %). Zuwächse der Beschäftigtenzahlen in ähnlicher prozentualer Größenordnung gab es 1996 – von vergleichsweise niedrigem Niveau ausgehend – lediglich im mittelbaren Landesdienst (+ 14,0 %) und bei den kommunalen Zweckverbänden (+ 4,1 %).

Wie bereits erwähnt, sank die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr um 2 512 Personen, die Zahl der weiblichen Beschäftigten erhöhte sich dagegen um 818 Mitarbeiterinnen oder 1,0 %, wodurch der Frauenanteil am Personal im öffentlichen Dienst von 40,7 % auf 41,6 % stieg. Je nach Dienstherr hat sich der Frauenanteil allerdings uneinheitlich entwickelt. Während das Land und die kommunalen Zweckverbände 5,2 % und 4,2 % mehr Frauen als im Vorjahr beschäftigten, reduzierten der Bund sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände ihren weiblichen Personalstand um 1,6 % und 3,2 %. Bei den Kommunen ging die Zahl der weiblichen Beschäftigten sogar überproportional zurück, sie wiesen aber trotzdem nach den kommunalen Zweckverbänden (57,0 %) mit 54,0 % die zweithöchste Frauenquote aller öffentlichen Dienstherrn in Schleswig-Holstein auf. Aufgrund des hohen Anteils von Berufs- und Zeitsoldaten fiel die Frauenquote des Bundes mit 18,3 % erwartungsgemäß niedrig aus.

Teilzeitbeschäftigung

Viele Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre sehen flexiblere Arbeitszeitmodelle als probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Sicherung von Arbeitsplätzen an. Kontrovers diskutiert werden Modelle zur wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung, beispielsweise die Vorschläge führender Gewerkschaftsfunktionäre. Von einer Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit der Mitarbeiter erhoffen sich die Befürworter solcher Modelle neben Produktivitätssteigerungen vor allem Neueinstellungen und damit eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Die in der Presse beschriebenen Erfolge in den Niederlanden beim Abbau der Arbeitslosigkeit durch Teilzeitarbeitsmodelle werden häufig als Beleg für einen engen Zusammenhang zwischen der Wochenarbeitszeit und der Anzahl der Beschäftigten ge- deutet.

Zudem hat sich das Bild des Arbeitslebens in der heutigen Gesellschaft gewandelt. Bei gesicherter Existenzgrundlage entsteht nun häufiger der Wunsch,

Arbeitszeit durch Freizeit zu substituieren und dabei auch den Verzicht auf einen Teil des Einkommens bewußt hinzunehmen. Schließlich bietet die Teilzeitarbeit insbesondere Frauen mit schulpflichtigen Kindern die Chance, ins Berufsleben zurückzukehren und so Familie und Beruf miteinander zu verbinden.

Die statistisch beobachtete Beschäftigung auf einem Teilzeitarbeitsplatz muß jedoch nicht unbedingt die tatsächlichen Arbeitszeitpräferenzen der betreffenden Mitarbeiter widerspiegeln. Oft werden von vornherein ausschließlich Teilzeitarbeitsplätze angeboten, häufig etwa bei den Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen. Einige dieser Teilzeitkräfte würden wohl einen Vollzeitarbeitsplatz bevorzugen, wenn sich ihnen die Möglichkeit hierzu böte.

Die Statistik über das Personal im öffentlichen Dienst unterscheidet zwei Arten von Teilzeitarbeit, nämlich Beschäftigungsverhältnisse mit mindestens der Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit und solche mit weniger als 50 % der Regelarbeitszeit. Beamten und Richtern stand 1996 ausschließlich das Teilzeitmodell mit mindestens der Hälfte der Regelarbeitszeit offen.

Durch die Gewichtung der Teilzeitbeschäftigung (sog. „Vollzeitäquivalent“) – also die Multiplikation der Zahl der Teilzeitkräfte mit der wöchentlichen Regelarbeitszeit – lassen sich die von den öffentlich Bediensteten während eines Jahres insgesamt zu leistenden Arbeitsstunden ermitteln. Diese Zahl ermöglicht einen Vergleich der jährlich im öffentlichen Dienst aufgewandten Arbeitsleistung über die Jahre hinweg.

Am 30.06.1996 standen 37 626 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis, das waren 19,2 % aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Dabei wurde die Teilzeitarbeit je nach dem Dienstherrn, dem Dienstverhältnis und vor allen Dingen nach dem Geschlecht der Beschäftigten in sehr unterschiedlichem Ausmaß in Anspruch genommen. Der Bundesdienst in Schleswig-Holstein wies 1996 mit 5,2 % die geringste Quote der Teilzeitbeschäftigung auf. Zu beachten ist hierbei der bereits erwähnte hohe Anteil von Berufs- und Zeitsoldaten, in dieser Berufsgruppe ist die Teilzeitarbeit grundsätzlich nicht vorgesehen. Jedoch ergab sich auch für die zivilen Beschäftigten des Bundes eine Teilzeitquote von lediglich 8,4 %, die deutlich hinter derjenigen der übrigen Gebietskörperschaften und der kommunalen Zweckverbände zurückblieb.

Im Landesdienst sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden stand annähernd ein Viertel des Personals in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Die kommunalen Zweckverbände erreichten die höchste Teilzeitquote, dort war mehr als jeder dritte Arbeitsplatz mit einer Teilzeitkraft besetzt.

**Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein
am 30.06.1996 nach Geschlecht, Dienstverhältnis und Dienstherren**

Dienstverhältnis	Beschäftigte insgesamt	Darunter Teilzeitbeschäftigte			
		zusammen		davon mit	
				mindestens der Hälfte der Regelarbeitszeit	weniger als der Hälfte der Regelarbeitszeit ¹
Anzahl		in % von Spalte 1			
Bund					
Beamte und Richter	34 714	279	0,8		–
darunter Frauen	1 772	248	14,0	14,0	–
Angestellte	12 172	2 059	16,9	16,7	0,3
darunter Frauen	6 947	1 993	28,7	28,3	0,4
Arbeiter	12 146	709	5,8	5,1	0,8
darunter Frauen	2 086	686	32,9	28,4	4,5
Zusammen	59 032	3 047	5,2	4,9	0,2
darunter Frauen	10 805	2 927	27,1	26,0	1,1
Land					
Beamte und Richter	43 916	9 047	20,6	20,6	–
darunter Frauen	17 593	8 046	45,7	45,7	–
Angestellte	28 519	7 811	27,4	25,3	2,1
darunter Frauen	19 059	7 274	38,2	36,7	1,5
Arbeiter	5 938	1 397	23,5	19,7	3,9
darunter Frauen	2 426	1 360	56,1	47,9	8,1
Zusammen	78 373	18 255	23,3	22,2	1,0
darunter Frauen	39 078	16 680	42,7	41,4	1,2
Gemeinden und Gemeindeverbände					
Beamte	6 283	411	6,5	6,5	–
darunter Frauen	1 879	389	20,7	20,7	–
Angestellte	31 735	8 991	28,3	25,6	2,8
darunter Frauen	20 673	8 432	40,8	37,1	3,7
Arbeiter	17 516	5 847	33,4	26,2	7,2
darunter Frauen	7 433	5 612	75,5	59,8	15,7
Zusammen	55 534	15 249	27,5	23,6	3,9
darunter Frauen	29 985	14 433	48,1	41,7	6,4
Kommunale Zweckverbände					
Beamte	11	1	9,1	9,1	–
darunter Frauen	2	1	50,0	50,0	–
Angestellte	1 749	553	31,6	23,6	8,1
darunter Frauen	1 105	533	48,2	35,8	12,4
Arbeiter	1 255	521	41,5	26,4	15,1
darunter Frauen	613	512	83,5	53,0	30,5
Zusammen	3 015	1 075	35,7	24,7	11,0
darunter Frauen	1 720	1 046	60,8	42,0	18,8
Insgesamt					
Beamte und Richter	84 924	9 738	11,5	11,5	–
darunter Frauen	21 246	8 684	40,9	40,9	–
Angestellte	74 175	19 414	26,2	24,0	2,2
darunter Frauen	47 784	18 232	38,2	35,6	2,5
Arbeiter	36 855	8 474	23,0	18,2	4,8
darunter Frauen	12 558	8 170	65,1	52,0	13,1
Zusammen	195 954	37 626	19,2	17,5	1,7
darunter Frauen	81 588	35 086	43,0	39,5	3,5

¹ Beamte und Richter wurden 1996 nicht mit weniger als 50 % der Regelarbeitszeit beschäftigt.

Unterschiedliche Teilzeitquoten waren auch für die einzelnen Arten von Beschäftigungsverhältnissen zu beobachten. Die Beamten wiesen unabhängig vom Dienstherrn jeweils die geringste Teilzeitquote auf. Lediglich im Landesdienst erreichte diese Mitarbeitergruppe mit einem Anteil von 20,6 % einen zweistelligen Wert. Mit einer Quote von 0,8 % war die Teilzeitarbeit bei den Beamten im Bundesdienst nahezu bedeutungslos, was zunächst wiederum mit dem hohen Anteil von Berufs- und Zeitsoldaten erklärt werden kann. Der Wert bei Nichtberücksichtigung der Soldaten beträgt allerdings auch nur 2,3 %. Die Hauptursache für die niedrige Teilzeitquote könnte in den Aufgaben der zivilen Beschäftigten – etwa beim Bundesgrenzschutz oder beim Zoll – liegen, ihre Arbeitszeit ist nur bedingt teilbar.

Ein uneinheitliches Bild zeigt auch der Vergleich zwischen Angestellten und Arbeitern. Während beim Bund und beim Land die Teilzeitquote der Angestellten die der Arbeiter überstieg, verhielt es sich bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den kommunalen Zweckverbänden umgekehrt. Bei letzteren hatten mehr als 40 % der Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Wochenarbeitszeit reduziert. Die kommunalen Zweckverbände verzeichneten auch für die Angestellten mit 31,6 % die höchste Teilzeitquote aller öffentlichen Dienstherrn. Diese Ergebnisse für den kommunalen Bereich und die Zweckverbände dürften auf die relativ hohen Anteile von Aufgaben im sozialen und schulischen Bereich zurückzuführen sein, in denen überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt werden, die wiederum besonders häufig in Teilzeit arbeiten.

Die Teilzeitquote der Beamtinnen und Beamten kann nur eingeschränkt mit denen der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter verglichen werden, weil Beamte 1996 nicht mit weniger als der Hälfte der Regelarbeitszeit beschäftigt wurden. Ob dies jedoch als Erklärung für die signifikant niedrigere Teilzeitquote der Beamtinnen und Beamten ausreicht, muß wegen der geringen Bedeutung dieses Arbeitszeitmodells bei den Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern bezweifelt werden. Damit liegt eher der Schluß nahe, daß die Teilzeitquote in der Beamtenlaufbahn auch nach der beabsichtigten Einführung von Teilzeitarbeit mit weniger als 50 % der Vollzeit unterhalb derjenigen der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter bleiben wird.

Teilzeitarbeit wurde fast ausschließlich von Frauen wahrgenommen. Von den Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein waren am 30.06.1996 bei den Beamten 89,2 %, bei den Angestellten 93,9 % und bei den Arbeitern 96,4 % weiblichen Geschlechts. Insbesondere für die Arbeiterinnen waren hohe Teilzeitquoten zu verzeichnen, diese reichten von 32,9 % beim Bundesdienst bis zu

83,5 % bei den kommunalen Zweckverbänden. Auch bei den weiblichen Angestellten war die Teilzeitarbeit quantitativ bedeutsam, der Anteil reichte hier von 28,7 % beim Bundespersonal bis zu 48,2 % bei den kommunalen Zweckverbänden. Lediglich die Beamtinnen im Landesdienst erzielten mit 45,7 % einen ähnlich hohen Wert, für die Beamtinnen der übrigen Dienstherrn war die Quote deutlich geringer.

Es mag reizvoll sein, die Teilzeitarbeitsplätze grob auf Vollerwerbskräfte umzurechnen, um so eine Aussage zu treffen, wie viele Menschen allein durch den Effekt der Teilung von Arbeit zusätzlich in ein Beschäftigungsverhältnis gebracht werden könnten. Multipliziert man die 17 435 Teilzeitbeschäftigten im Landesdienst, die mit mindestens 50 % der Regelarbeitszeit beschäftigt waren, mit dem – mehr oder weniger willkürlich gewählten – Zeitäquivalenzfaktor 0,6, so ergibt sich ein Wert von 10 461 Vollzeitbeschäftigten. Unter den sicher nicht sehr realistischen Annahmen, daß alle Arbeitsplätze homogen und teilbar wären und daß durch Teilzeitbeschäftigung keine zusätzlichen Kosten entstünden, hätte im Landesdienst die Teilzeitbeschäftigung mit einer Arbeitszeit von mindestens 50 % der Regelarbeitszeit etwa 7 000 Personen zusätzlich in ein Arbeitsverhältnis gebracht. Allerdings unterteilt die Personalstandstatistik die Teilzeit nur grob nach dem 50 %-Kriterium, so daß der Zeitäquivalenzfaktor 0,6 wenig gesichert ist. Daneben muß die Frage unbeantwortet bleiben, ob durch Teilzeitarbeit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden oder ob sich dadurch nur der Abbau von Arbeitsplätzen verlangsamt.

Art des Beschäftigungsverhältnisses

Im öffentlichen Dienst werden drei Arten von Beschäftigungsverhältnissen unterschieden: Beamtinnen und Beamte, Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Art des Beschäftigungsverhältnisses hat neben den bereits oben aufgeführten Effekten auch weit grundsätzlichere Auswirkungen. So liegen etwa die Personalkosten eines Beamten während seiner aktiven Beschäftigungszeit unterhalb derjenigen eines Angestellten in vergleichbarer Position, da der Arbeitgeber für letzteren Sozialversicherungsbeiträge abführen muß, während vergleichbare Ausgaben für einen Beamten im aktiven Dienst nicht dieselbe Größenordnung erreichen. Auch hinsichtlich der wöchentlichen Arbeitszeit gibt es Unterschiede: In Schleswig-Holstein müssen Beamtinnen und Beamte mit 39,5 Wochenstunden derzeit eine Stunde länger arbeiten als Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Unterschiedlich ist auch die Finanzierung der Ruhebezüge. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben wird der Beamte im Ruhestand aus den

Steuereinnahmen alimentiert, wohingegen Angestellte und Arbeiter ihre Rente aufgrund der im Laufe der Berufstätigkeit entrichteten Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beziehen.

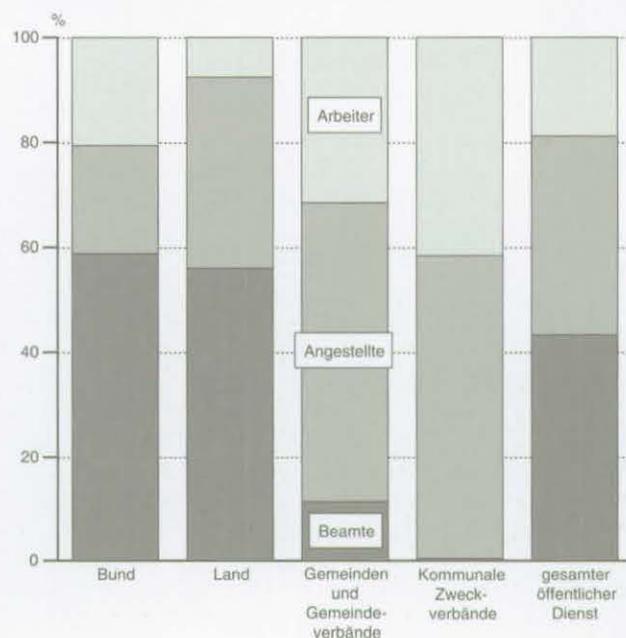
Gerade in den letzten Jahren sind Diskussionen um die Notwendigkeit des Beamtentums in bestimmten öffentlichen Aufgabenbereichen entbrannt. Mehrheitliche Übereinstimmung herrscht nur insofern, daß es für Staatsdiener mit hoheitlichen Aufgaben, wie Richter oder Polizisten, auch weiterhin keine Alternative zum Beamtenstatus gibt. Dagegen ist zum Beispiel die Notwendigkeit des Beamtentums für Lehrer umstritten. Im Gegensatz zu den alten Ländern wurden Lehrer in den neuen Bundesländern bislang grundsätzlich nicht verbeamtet, sie verrichten ihren Dienst im Angestelltenverhältnis. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielt in jüngster Zeit auch der Plan des Oberbürgermeisters der Stadt Offenbach, der die unter 45jährigen Angestellten der Stadtverwaltung verbeamtet will, um hierdurch den Etat der Stadt zu entlasten. Die Verteilung des öffentlichen Dienstes nach Dienstherr, Beschäftigungsverhältnis und Alter ist daher von besonderem Interesse, die Personalstandstatistik liefert hierüber umfassende Informationen.

In Schleswig-Holstein waren im Jahre 1996 von den 195 954 im öffentlichen Dienst Beschäftigten 43,3 % Beamtinnen und Beamte, 37,9 % Angestellte sowie 18,8 % Arbeiterinnen und Arbeiter. Den höchsten Anteil von Beamtenverhältnissen wies mit 58,8 % der Bund auf, wobei auch hier die Soldaten das Bild maßgeblich prägten. Es folgte der Landesdienst mit einem Beamtenanteil von 56,0 %. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden stand 1996 etwa jeder zehnte, bei den kommunalen Zweckverbänden sogar nur einer von 200 Beschäftigten in einem beamtenrechtlichen Beschäftigungsverhältnis. Die jeweils stärkste Fraktion bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den kommunalen Zweckverbänden bildeten die Angestellten mit einem Anteil von 57,1 % und 58,0 %.

Eine Ursache für den vergleichsweise niedrigen Anteil der Beamten auf der kommunalen Ebene dürfte sein, daß dort viele Aufgaben anfallen, die typischerweise von Arbeitern wahrgenommen werden, etwa in der Entsorgung, im Verkehr, in der Straßenreinigung oder in der Pflege von Grünanlagen.

Zum Stichtag der Erhebung gab es mehr Beamte (43,3 %) als Angestellte (37,9 %). Betrachtet man aber die Entwicklung der vergangenen Jahre und das derzeitige Einstellungsverhalten der öffentlichen Dienstherrn, so gewinnt die Gruppe der Angestellten weiter an Boden, wodurch sie in absehbarer Zeit die stärkste Fraktion der öffentlichen Beschäftigten stellen wird. Der Anteil der Arbeiter von 18,8 % zum Stichtag dürfte dagegen aufgrund der veränderten

Beschäftigungsverhältnisse in Schleswig-Holstein am 30.06.1996 nach Dienstherrn



209802 Stat.LA S-H

öffentlichen Aufgaben, der Privatisierung marktfähiger Leistungen sowie der Ausgliederung solcher Aufgabenbereiche aus den Kernhaushalten, die einen hohen Anteil an Arbeitern aufweisen, weiter zurückgehen.

Altersstruktur des Personals

Das Einstellungsverhalten der öffentlichen Arbeitgeber im Zeitablauf ist eine maßgebliche Determinante für den Altersaufbau des Personals im öffentlichen Dienst. Dieser wiederum bestimmt, wie sich die Zahl der aktiv Beschäftigten, die Personalkosten und die personellen Kapazitäten für öffentliche Aufgaben entwickeln. Nicht zuletzt beeinflusst die Altersstruktur die Höhe und die zeitliche Verteilung der Pensions- und Rentenzahlungen. Der Altersaufbau des Personals im öffentlichen Dienst vermittelt aber auch den Beitrag der öffentlichen Arbeitgeber zur Beseitigung des Lehrstellenmangels sowie der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Jungakademikern.

Erste Aufschlüsse zu diesen Fragen ermöglicht der Vergleich der Altersstruktur des öffentlich beschäftigten Personals mit dem Altersaufbau der Erwerbspersonen. Zu den schleswig-holsteinischen Erwerbspersonen rechnen alle Personen mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein, die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, also die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen, die nichtselbständig Beschäftigten so-



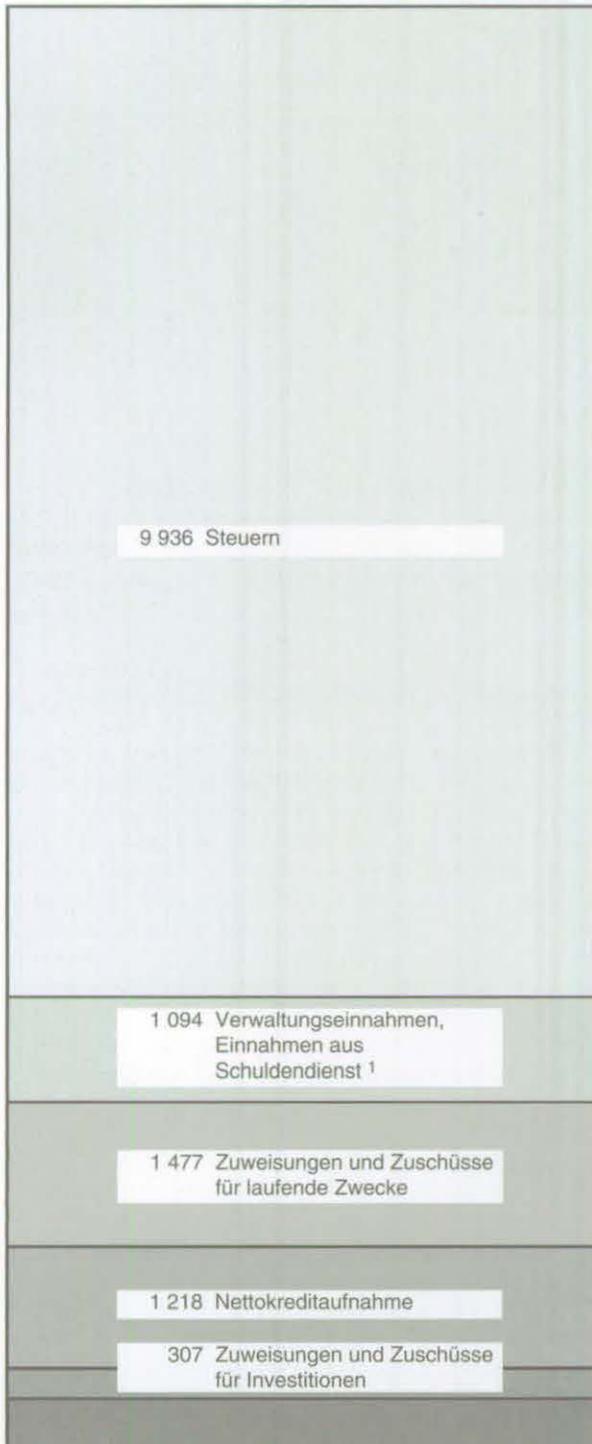
Landeshaushalt 1998

in Millionen DM

14 328

Einnahmen

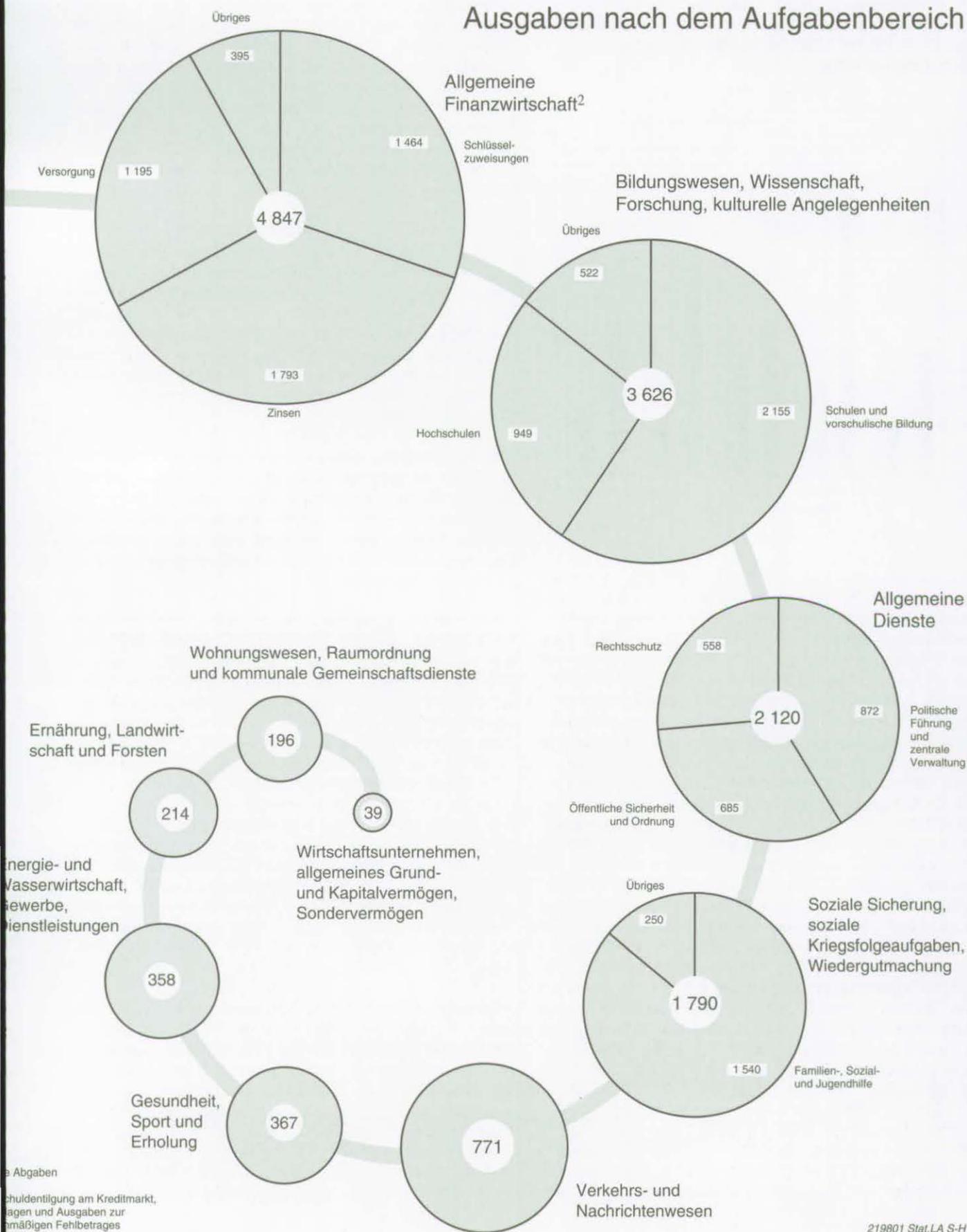
Ausgaben²



¹ einschl. steu

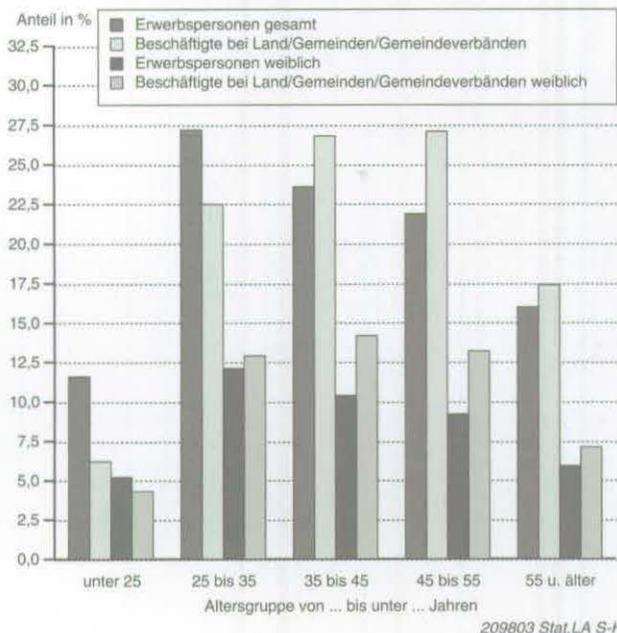
² ohne Ausgab
Zuführungen
Deckung ein

Ausgaben nach dem Aufgabenbereich



219801 Stat.LA S-H

Erwerbspersonen (April 1996) und Personal des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände (30.06.1996) in Schleswig-Holstein nach Altersgruppen



wie die Erwerbslosen. Im Gegensatz zur Personalstandstatistik, bei der die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst an deren Beschäftigungsort erfaßt werden, stellt die im Rahmen des Mikrozensus ermittelte Zahl der Erwerbspersonen auf deren Wohnsitz ab. Wegen der vielen Pendler, die in Schleswig-Holstein wohnen, jedoch außerhalb der Landesgrenzen arbeiten, sind die in der Personalstandstatistik gezählten Beschäftigten im öffentlichen Dienst keine reine Untergruppe der hierzulande wohnenden Erwerbspersonen. Gleichwohl liefert die Gegenüberstellung einen Anhaltspunkt darüber, in welchen Alterskohorten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein über- oder unterrepräsentiert sind. Dieser Vergleich wird im folgenden gesondert auch für die Frauen geboten. Zugunsten einer einheitlichen Prozentbasis werden die Anteile der Alterskohorten der Frauen auf alle – also auch auf die männlichen – Erwerbspersonen sowie auf alle öffentlich Beschäftigten bezogen. Der Vergleich berücksichtigt lediglich die Beschäftigten beim Land sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Auf die Betrachtung des Bundespersonals wird wegen des hohen Anteils an Soldaten verzichtet, ein Vergleich mit der Struktur der Erwerbspersonen nach dem Alter und dem Geschlecht wäre hier nicht sinnvoll.

Während im Jahre 1996 die unter 25jährigen 11,6 % der Erwerbspersonen stellten, war diese Altersgruppe bei den Beschäftigten im Landesdienst sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nur mit einem

Anteil von 6,2 % vertreten und damit deutlich unterrepräsentiert. Auch der Anteil weiblicher Beschäftigter dieses Alters bei den betrachteten öffentlichen Dienstherren war mit 4,3 % niedriger als deren Gewicht an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (5,2 %). Dieses Ergebnis ist insbesondere vor dem Hintergrund auffällig, daß der öffentliche Dienst in den übrigen Altersstufen wie auch in der Gesamtschau einen Frauenanteil aufwies, der denjenigen der weiblichen Erwerbspersonen des jeweiligen Alters überstieg.

Auch die Gruppe der 25- bis unter 35jährigen war im Landes- und Gemeindedienst zum Stichtag – gemessen am Anteil dieser Altersstufe an den Erwerbspersonen – unterproportional vertreten. Die Diskrepanz fiel hier jedoch geringer aus als in der jüngsten Altersgruppe. Der Anteil der 25- bis unter 35jährigen Frauen im öffentlichen Landes- und Gemeindedienst überstieg bereits den entsprechenden Anteil bei den Erwerbspersonen.

Alle drei höheren Altersgruppen waren 1996 im Personal der Kommunen und des Landes stärker vertreten als bei den Erwerbspersonen, das gilt auch für die Anteile der Frauen. Gemessen an der Altersstruktur der Erwerbspersonen wies damit das Personal der betrachteten öffentlichen Arbeitgeber ein höheres Durchschnittsalter auf.

Läßt man die Erwerbspersonen außer Acht und betrachtet man nur das Personal im Landes- und Gemeindedienst, so zeigt sich, daß die Frauenquote bei diesen Arbeitgebern mit zunehmendem Alter der Beschäftigten niedriger liegt. Waren in der jüngsten Altersklasse noch mehr als zwei Drittel der öffentlich Beschäftigten weiblichen Geschlechts, so beträgt der Wert bei den Mitarbeitern, die das 55. Lebensjahr bereits überschritten hatten, nur 40,8 %.

Die Frage, ob der hohe Frauenanteil in den jüngeren Altersklassen mit der Struktur der angebotenen Arbeitsplätze zu tun hat, ob der öffentliche Dienst für junge Frauen eine höhere Attraktivität besitzt als für gleichaltrige Männer oder inwieweit sich hier eine aktive Frauenförderung niederschlägt, kann mit den Daten der Personalstandstatistik nicht beantwortet werden.

Auch über die Gründe für die niedrigeren Frauenanteile mit steigendem Alter kann die Personalstandstatistik keine Auskünfte geben. Hier käme zunächst ein Anstieg des Anteils berufstätiger Frauen eines bestimmten Alters im Zeitablauf in Betracht. War bei jungen Frauen in den 60er Jahren die berufliche Tätigkeit noch gering ausgeprägt, so dürfte diese für junge Frauen in der heutigen Zeit der Normalfall sein. Neben diesem Effekt könnte die Ursache jedoch auch in einer rückläufigen Berufstätigkeit der Frauen

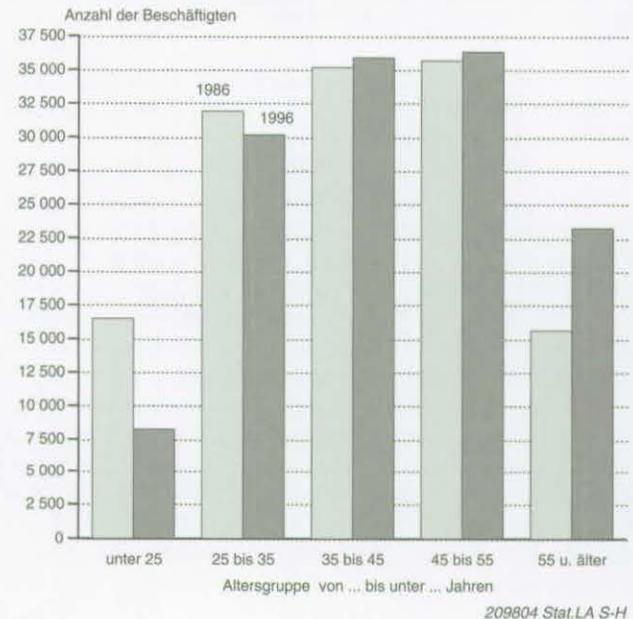
mit fortschreitendem Lebensalter liegen. Geburten und die Erziehung von Kindern mögen Gründe für ein Ausscheiden von Frauen aus dem aktiven Berufsleben sein. Hinzu kommt, daß mitverdienende Ehefrauen oft früher als deren Ehemänner aus dem Beruf ausscheiden, da das verbleibende Einkommen des Mannes als ausreichend bewertet wird. Schließlich können Frauen auch früher in den Ruhestand treten als Männer.

Bei der Suche nach den Ursachen für die Unterrepräsentanz des Personals mit weniger als 25 Lebensjahren im öffentlichen Dienst kann eine mangelnde Attraktivität des öffentlichen Dienstes wohl außer Acht gelassen werden. Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einem deutlichen Überhang an Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuchenden dürfte diese Hypothese allenfalls in Ausnahmefällen zutreffen. Viel eher könnte ein restriktives Einstellungsverhalten angesichts der haushaltspolitischen Sparzwänge vermutet werden. Dieser Sparzwang äußert sich im öffentlichen Dienst weniger durch Kündigungen, sondern vielmehr durch den Verzicht, meist altersbedingt frei werdende Stellen wieder zu besetzen. Bei quantitativ und qualitativ gleichbleibendem Aufgabenspektrum des öffentlichen Sektors könnte diese Verringerung des Personalstands durch Rationalisierungseffekte ausgeglichen werden, die insbesondere durch den verstärkten Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sowie durch organisatorische Maßnahmen angestrebt werden. Die generelle Verschlankung des Staates, die sich in einer Reduktion der öffentlichen Aufgaben, in Auslagerungen und Privatisierungen äußert, kann ebenfalls einen Beitrag zur Kompensation der Personaleinsparungen leisten.

Als weiterer Grund für die relativ geringe Stärke der unter 25jährigen im öffentlichen Dienst käme auch das Anforderungsprofil in Betracht, welchem Bewerber für den öffentlichen Dienst entsprechen müssen. Wird beispielsweise zur Einstellung auf einen bestimmten Arbeitsplatz der Abschluß eines Studiums gefordert, so erfüllen aufgrund der durchschnittlichen Studiendauer derzeit nur wenige Personen im Alter unter 25 Jahren diese Voraussetzung. Träfe diese Hypothese der gestiegenen Qualifikationsanforderungen zu, müßte sich dies allerdings in einem hohen Anteil von Hochschul- und Fachhochschulabsolventen in den höheren Altersgruppen des öffentlichen Dienstes niederschlagen.

Die Fragen nach den Ursachen der Unterrepräsentanz junger Mitarbeiter im öffentlichen Dienst lassen sich leichter beantworten, wenn man die Altersstruktur der Beschäftigten von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Zeitablauf betrachtet. Hierzu werden in obiger Abbildung die nach dem Alter gegliederten Beschäftigtenzahlen am 30.06.1986 und

Altersstruktur der Beschäftigten beim Land und bei den Kommunen in Schleswig-Holstein am 30.06.1986 und am 30.06.1996



30.06.1996 gegenübergestellt. Dieser Vergleich bildet zwar nicht die kontinuierliche Entwicklung der Personalstruktur ab, ermöglicht jedoch Schlüsse bezüglich der Veränderungen zwischen diesen beiden Zeitpunkten. Vorab ist anzumerken, daß sich die Personalstände im Landesdienst einerseits und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden andererseits zwischen 1986 und 1996 gegenläufig entwickelten: Die Zahl der Beschäftigten stieg beim Land von 77 834 im Jahre 1986 auf 78 373 zehn Jahre später, bei den Gemeinden sowie Gemeindeverbänden verringerte sie sich von 57 100 im Jahre 1986 auf 55 534 im Jahre 1996. Diese Entwicklung führte per Saldo dazu, daß am 30.06.1996 insgesamt 133 907 Personen bei diesen Dienstherren beschäftigt waren, 0,8 % weniger als zehn Jahre zuvor³.

Die obige Abbildung zeigt, daß sich die einzelnen Altersgruppen unterschiedlich entwickelten. Die beiden Altersgruppen der Mitarbeiter mit weniger als 35 Lebensjahren waren 1996 schwächer, alle übrigen Altersgruppen stärker besetzt als zehn Jahre zuvor. Insbesondere in der Gruppe der unter 25jährigen hat sich die Beschäftigtenzahl während dieses Zeitraums von 16 494 auf 8 247 halbiert, in der Klasse zwischen 25- bis unter 35 Jahren fiel der Rückgang des Per-

³ Die Veränderungen gehen zum Teil auf organisatorische Maßnahmen – etwa Ausgliederungen von Aufgaben aus den originären Haushalten, die den Personalstand des ausgliedernden Dienstherren reduzieren – zurück.

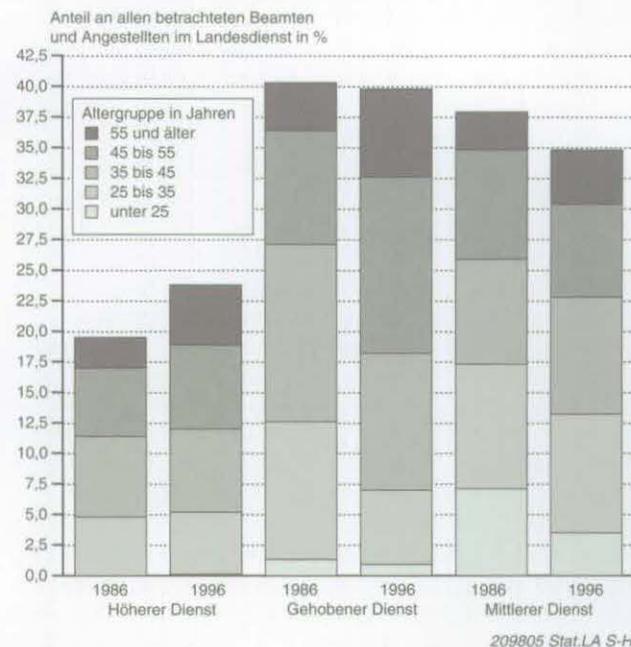
sonalstands geringer aus. In allen übrigen Altersstufen stieg die Zahl der Beschäftigten, besonders ausgeprägt war der Zuwachs um fast 7 600 Mitarbeiter in der Gruppe der Beschäftigten mit einem Alter von 55 und mehr Lebensjahren.

Die Hypothese, daß die Ausbildungsdauer zu einer Unterrepräsentanz des Personals mit weniger als 25 Lebensjahren führte, kann auch durch die oben dargestellten Zahlen nicht belegt werden, sonst hätte ein Zuwachs bei den Einstellungen von 25- bis 35jährigen auftreten müssen, da die Mehrzahl der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen mit diesem Alter auf den Arbeitsmarkt tritt. Die geringere Zahl an jüngeren Mitarbeitern scheint also andere Ursachen zu haben, etwa die grundsätzliche Zurückhaltung bei Einstellungen aufgrund der Haushaltslage oder personaleinsparende Rationalisierungserfolge. Eine abschließende Aussage läßt sich jedoch erst treffen, wenn die Laufbahngruppe als mittelbarer Maßstab des Qualifikationsniveaus in die Betrachtung einbezogen wird, um strukturelle Verschiebungen zwischen den Laufbahngruppen und den Altersklassen deutlich zu machen.

Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in den Altersgruppen zwischen 35 und 55 Jahren läßt sich nicht dadurch erklären, daß nachrückende Alterskohorten besonders stark besetzt gewesen wären. Vergleicht man beispielsweise die Zahl der 45- bis unter 55jährigen des Jahres 1996 mit der Zahl der 35- bis unter 45jährigen am 30.06.1986, so zeigt sich, daß erstere überwiegt, obwohl es sich weitgehend um einen identischen Personenkreis handelt. Es müssen hier also Einstellungen stattgefunden haben, die sicherlich auch durch die Ausweitung der Teilzeitarbeit ermöglicht wurden. Ebenso käme die Rückkehr von Frauen ins Berufsleben nach der Erziehung von Kindern als mögliche Ursache in Betracht. Als weiterer Grund für den Anstieg des Personalstands bei den älteren Mitarbeitern sind Neueinstellungen von Personen mit höherem Qualifikationsniveau und mehrjähriger Berufserfahrung denkbar. Diese Frage kann ebenfalls erst durch die Berücksichtigung der Laufbahngruppen beantwortet werden.

Das Bild für die Gruppe der Beschäftigten mit einem Alter von 55 und mehr Jahren zeigt außerdem, daß – von 1996 an gerechnet – bis zum Jahre 2006 mehr als 20 000 Personen aus dem aktiven Dienst ausscheiden und in den Ruhestand treten werden. Allein im Landesdienst standen 1996 knapp 8 000 Personen mit einem Alter von 55 und mehr Jahren in einem beamtenrechtlichen Dienstverhältnis. Zum Stichtag 01.01.1996 wies die Versorgungsempfängerstatistik 19 363 Personen (Pensionärinnen und Pensionäre, Witwen, Witwer sowie Waisen) aus, deren Anspruch auf einem Dienstverhältnis beim Land beruhte. Unter Berücksichtigung der Sterbewahrscheinlichkeiten las-

Beamte und Angestellte mit mindestens 50% der Regelarbeitszeit beim Land Schleswig-Holstein am 30.06.1986 und am 30.06.1996 nach Laufbahngruppen und Alter



sen sich so mit Hilfe der Personalstandstatistik die künftigen Ausgaben für Versorgungsbezüge abschätzen.

Im folgenden wird der Personalstand – hier beschränkt auf die Beamten und Angestellten im Landesdienst – für die Jahre 1986 und 1996 nach dem Alter der Mitarbeiter und deren Qualifikation untersucht. Als Maßstab der Qualifikation dient dabei die Laufbahngruppe. Für die Laufbahn des höheren Dienstes wird grundsätzlich der Abschluß eines Hochschulstudiums vorausgesetzt, zur Einstellung im gehobenen Dienst ist im Regelfall ein Fachhochschulabschluß erforderlich. Angestellte mit weniger als der Hälfte der Regelarbeitszeit bleiben aus erhebungstechnischen Gründen unberücksichtigt.

Die Abbildung auf dieser Seite zeigt, daß der Anteil des höheren Dienstes an allen hier betrachteten Beschäftigten gegenüber dem Jahr 1986 um 4,4 Prozentpunkte auf 23,9 % gestiegen ist, während die Anteile aller übrigen Laufbahngruppen zurückgegangen sind. Im höheren Dienst hat die Zahl der Mitarbeiter in den beiden jüngsten Altersgruppen gegenüber 1986 zwar zugenommen, der Anteil dieser beiden Altersgruppen an allen Beamten und Angestellten stieg jedoch lediglich um 0,5 Prozentpunkte. Die Zunahme des Anteils der Beschäftigten im höheren Dienst resultierte fast vollständig aus einem Zuwachs von 3,7 Prozentpunkten bei den Beschäftigten in dieser Laufbahn, die ihren 45. Geburtstag schon

hinter sich hatten. Beim gehobenen Dienst ist zu beobachten, daß der Rückgang insgesamt auf die gesunkene Zahl der Beschäftigten mit einem Alter von unter 45 Jahren zurückzuführen ist, während auch hier der Anteil der Beschäftigten mit einem Alter von 45 oder mehr Jahren mit 8,4 Prozentpunkten spürbar angewachsen ist. Beim mittleren Dienst hat die Gruppe der Mitarbeiter unter 35 Jahren am deutlichsten an Boden verloren, nämlich um 4,1 Prozentpunkte. Der einfache Dienst ist im Jahre 1996 mit einem Anteil von 1,3 % an allen betrachteten Beamten und Angestellten des Landes nahezu bedeutungslos geworden.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Gruppe der unter 25jährigen kann auch nach der Berücksichtigung der Laufbahngruppen nicht auf die Ausbildungszeiten und ein hierdurch höheres Qualifikationsniveau zurückgeführt werden, da der relative Anstieg der Mitarbeiterzahl im höheren Dienst in der darauffolgenden Altersgruppe nur unterproportional ausfiel. Im gehobenen Dienst verbuchte die Altersklasse der 25- bis unter 35jährigen mit einem Rückgang um 5,1 Prozentpunkte sogar die höchste Abnahme aller Alters- und Laufbahngruppen insgesamt. Bemerkenswert sind auch die Personaleinsparungen bei den unter 25jährigen im mittleren Dienst, hier gab es 1986 noch mehr als doppelt so viele Mitarbeiter wie 1996.

Im Ergebnis zeigt sich, daß die Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiter gemessen an der Zahl der

Beschäftigten des höheren und gehobenen Dienstes gegenüber 1986 zugenommen haben. So nahm die Beschäftigung im höheren Dienst als einzige Laufbahngruppe zu, und zwar um über 3 000 Personen. Der Anteil des gehobenen Dienstes als quantitativ bedeutendste Laufbahn blieb annähernd konstant, die Beschäftigtenanteile im mittleren und einfachen Dienst gingen zurück. Von der Entwicklung in den beiden höheren Laufbahnen konnten die jüngeren Altersgruppen jedoch kaum profitieren: Wird über alle Laufbahngruppen summiert, so war der Rückgang des Personals fast vollständig bei den unter 35jährigen Mitarbeitern zu verbuchen. Beim Personal mit einem Alter von über 45 Jahren war insgesamt eine Zunahme der Beschäftigtenzahl zu beobachten. Als mögliche Ursache hierfür ist zum einen die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung anzusehen, die Raum für zusätzliche Arbeitsplätze schuf. Des weiteren lassen diese Zahlen eine allgemein erhöhte Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen vermuten. So dürfte etwa der Zuwachs bei den älteren Beschäftigten im höheren Dienst überwiegend auf den Laufbahndurchstieg und nicht auf Neueinstellungen von außerhalb des öffentlichen Dienstes zurückzuführen sein.

Maßnahmen zur erleichterten Durchlässigkeit der Laufbahngruppen wurden vor einigen Jahren im gesamten Landesdienst vollzogen. Bei der Polizei wurden Stellen aus dem gehobenen in den höheren Dienst überführt, daneben erleichterte man den Wechsel aus dem mittleren in den gehobenen Dienst.

Christoph Meyer

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im Mai 1997

Vorbemerkungen

Die Verdiensterhebung im Handwerk liefert für neun ausgewählte Gewerbebezüge¹ des Handwerks jährlich im Mai Ergebnisse zu den Verdiensten und Arbeitszeiten der vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Bei dieser repräsentativen Erhebung für die ausgewählten Gewerbebezüge des Handwerks – jedoch nicht für das gesamte Handwerk – wird wie bei der Verdiensterhebung in Industrie und Handel das sogenannte Lohnsummenverfahren angewendet: Die auf den Berichtsmonat entfallenden Arbeitszeit- und Verdienstangaben eines Betriebes werden jeweils in einer Summe erfaßt, um daraus Durchschnittswerte zu errechnen.

Der Bruttoverdienst umfaßt dabei alle Lohnbestandteile, die vom Arbeitgeber laufend bezahlt werden. Neben den tariflich oder frei vereinbarten Löhnen umfaßt der Bruttolohn damit auch tarifliche und außertarifliche Zulagen und Zuschläge, ferner den steuerlichen Wert aus überlassenen Naturalleistungen (z. B. Kost, Unterkunft). Nicht zum Bruttoverdienst gerechnet werden unter anderem alle einmaligen Zahlungen² wie etwa das Weihnachts- oder Urlaubsgeld.

Für folgende neun Gewerbebezüge stellt die Verdiensterhebung im Handwerk Ergebnisse bereit: Maler und Lackierer, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure, Tischler, Bäcker sowie Fleischer.

Zur Erhebung im Mai 1997 wurde ein neuer Berichtskreis ausgewählt. Mittels umfangreicher maschineller Verfahren versuchte man, den Berichtskreis so zu bestimmen, daß Betriebe, die schon für die Verdiensterhebung in Industrie und Handel und die Handwerksberichterstattung berichten müssen oder bislang schon zum Berichtskreis der Verdiensterhebung im Handwerk gehörten, für die neue Stichprobe auszuschließen und damit zu entlasten. Bis auf wenige Ausnahmen war diese Rotation erfolgreich.

¹ Die Gewerbebezüge entsprechen jeweils einer der Tätigkeiten, die in der Anlage A der Handwerksordnung aufgeführt sind. Die Aufbereitung der Daten nach dem Gewerbebezug dient den statistischen Fragestellungen des Handwerks. Für einen Vergleich mit den übrigen Wirtschaftsstatistiken ist diese Aufbereitungsart nicht geeignet, da dort eine Ordnung nach Wirtschaftszweigen gemäß der EU-verbindlichen „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ vorgenommen wird.

² Ausnahme: Die Zahlung erfolgt in monatlichen Teilbeträgen.

Neben der Auswahl eines neuen Berichtskreises hat sich auch der Erhebungsinhalt geändert. Ab Mai 1997 werden erstmals Frauen in die Verdiensterhebung im Handwerk miteinbezogen, dagegen unterbleibt die bisherige Unterscheidung in Voll- und Junggesellen. Statt dessen werden die Arbeiterinnen und Arbeiter nun in Gesellen der handwerklichen Fachrichtung und übrige Arbeiter aufgeteilt. Gesellen der handwerklichen Fachrichtung sind Personen, die die Gesellenprüfung in dem Handwerk abgelegt haben, das der sie beschäftigende Handwerker selbstständig ausübt. Auch Personen mit langjähriger Berufserfahrung, die keine Gesellenprüfung in dem betreffenden Handwerk abgelegt haben, aber wie gelernte Gesellen tätig und ihnen im Betrieb gleichgestellt sind, gehören zu den Gesellen der handwerklichen Fachrichtung. Übrige Arbeiter sind demzufolge Personen, die aufgrund ihrer Berufsausbildung und Tätigkeit keine Gesellen der handwerklichen Fachrichtung sind. Hierzu gehören beispielsweise angeleitete Arbeiter, ungelernete Arbeiter und Fahrpersonal, aber auch Gesellen einer handwerklichen Fachrichtung außerhalb der neun Gewerbebezüge.

Für Angestellte im Handwerk – wie beispielsweise Büroarbeitskräfte – werden im Rahmen dieser Verdiensterhebung keine Arbeitszeiten und Einkommen erhoben. Lediglich die Anzahl der voll- und teilzeitbeschäftigten Angestellten einschließlich Auszubildenden wird in einer Summe erfaßt. Auch für die teilzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich Auszubildenden sind nur die Kopffzahl in einer Summe mit den Vollzeitkräften anzugeben.

Aufgrund des neuen Berichtskreises und der geänderten Erhebungsinhalte ist ein Vergleich zu früheren Jahren nur eingeschränkt möglich, so daß in diesem Beitrag auf einen Vorjahresvergleich verzichtet wird.

Fleischer- und Bäckerhandwerk arbeiten am längsten

Für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den von der Verdiensterhebung im Handwerk erfaßten Gewerbebezügen Schleswig-Holsteins betrug im Mai 1997 die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit 38,6 Stunden, inklusive 1,0 Stunden für Mehrarbeit. Dies entspricht exakt auch dem Durchschnitt der Männer, denn der Anteil der Frauen – sie arbeiteten 37,8 Stunden je Woche – ist mit 4,4 % aller Beschäftigten in den erfaßten Gewerbebezügen äußerst gering. Die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit der Ge-

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter in ausgewählten Gewerbebezügen des Handwerks in Schleswig-Holstein im Mai 1997

Ausgewählter Gewerbe- zweig Arbeitergruppe	Bezahlte Wochen- arbeitszeit in Stunden		Bruttostunden- verdienst in DM		Bruttomonats- verdienst in DM	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Maler und Lackierer	38,1	(39,1)	24,25	(22,57)	4 016	(3 834)
Metallbauer	38,8	/	22,12	/	3 733	/
Kraftfahrzeugmechaniker	37,3	(39,0)	22,35	(18,68)	3 628	(3 168)
Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	38,0	/	23,69	/	3 911	/
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	38,5	/	23,61	/	3 956	/
Elektroinstallateure	39,1	/	21,90	/	3 721	/
Tischler	39,0	/	24,27	/	4 113	/
Bäcker	40,6	37,8	22,20	16,80	3 918	2 763
Fleischer	40,7	38,8	20,02	15,97	3 541	2 691
Insgesamt	38,6	37,8	22,97	17,37	3 854	2 853
Davon						
Gesellen	38,6	39,5	23,17	19,68	3 892	3 377
übrige Arbeiterinnen u. Arbeiter	38,3	36,6	20,63	15,60	3 435	2 483

sellen war mit 38,6 Stunden höher als die der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter (37,9 Stunden). Die weiblichen Gesellen wiesen mit durchschnittlich 39,5 Stunden die höchste bezahlte Wochenarbeitszeit aller Arbeitergruppen auf.

Von den erfaßten Gewerbebezügen war die durchschnittliche Arbeitszeit bei den Bäckern und Fleischern am höchsten. Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Fleischerhandwerk arbeiteten 40,3 Stunden je Woche, die im Bäckerhandwerk 39,8 Stunden je Woche. Die niedrigste Wochenarbeitszeit wurde mit 37,4 Stunden im Kraftfahrzeugmechanikerhandwerk festgestellt.

Höchste Stundenlöhne im Maler- und Lackiererhandwerk

Der durchschnittliche Bruttostundenlohn der Arbeiterinnen und Arbeiter lag im Mai 1997 in den ausgewählten Gewerbebezügen des Handwerks bei 22,73 DM. Damit war dieser Stundenlohn um 11,9 % niedriger als der der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe, die im April 1997 nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 25,79 DM erreichten.

Die Arbeiter im Handwerk erhielten mit 22,97 DM deutlich mehr Lohn je Stunde als die Arbeiterinnen mit 17,37 DM. Die Frauen verdienten also nur rund 75 % des Stundenlohnes der männlichen Kollegen.

Für diesen Lohnunterschied lassen sich im Datenmaterial zwei Ursachen ausfindig machen. Zum einen ist der Frauenanteil bei der Gruppe der übrigen Arbeiter mit 24 % weit höher als bei der Gruppe der Gesellen (2 %). Gesellen erzielten aber in fast allen handwerklichen Gewerbebezügen deutlich höhere Bruttostundenlöhne als die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter. Zum anderen gehören die Handwerkszweige, die einen relativ hohen Frauenanteil bei den Gesellen aufweisen – nämlich das Bäcker- und das Fleischerhandwerk mit einem Frauenanteil von 15 % und 8 % –, zu den Gewerbebezügen mit eher niedrigen durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen.

Der Bruttostundenverdienst der Gesellen betrug im Mai 1997 in den ausgewählten Gewerbebezügen des Handwerks 23,10 DM. Die Männer erhielten 23,17 DM, die Frauen 19,68 DM je Stunde und damit rund 85 % des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen. Die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter hatten einen durchschnittlichen Stundenlohn von 19,45 DM, wobei die Löhne der Männer mit 20,63 DM auch hier höher waren als die der Frauen mit 15,60 DM. Die Stundenlöhne der Gesellen lagen damit um rund 19 % über denen der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die höchsten Stundenlöhne wurden im Maler- und Lackiererhandwerk mit 24,22 DM und im Tischlerhandwerk mit 24,17 DM für die Arbeiterinnen und Arbeiter festgestellt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Bäcker- und Fleischerhandwerk mußten sich dagegen mit den niedrigsten Stundenlöhnen in Höhe von 20,81 DM und 19,26 DM begnügen. Aussagen über

die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede können nur in diesen beiden Gewerbebranchen des Handwerks gemacht werden, da hier der Frauenanteil ausreichend hoch war. Die Arbeiterinnen im Bäckerhandwerk verdienen 16,80 DM je Stunde, die Männer 22,20 DM. Im Fleischerhandwerk erhielten die Frauen 15,97 DM je Stunde, 20,02 DM die Männer.

Höchster Bruttomonatslohn im Tischlerhandwerk

Der durchschnittliche Bruttomonatslohn der Arbeiterinnen und Arbeiter in den ausgewählten Gewerbebranchen des Handwerks betrug 3 810 DM im Mai 1997. Der Monatsverdienst war damit um 11,1 % niedriger als bei den Arbeiterinnen und Arbeitern im Produzierenden Gewerbe im April 1997, die durch-

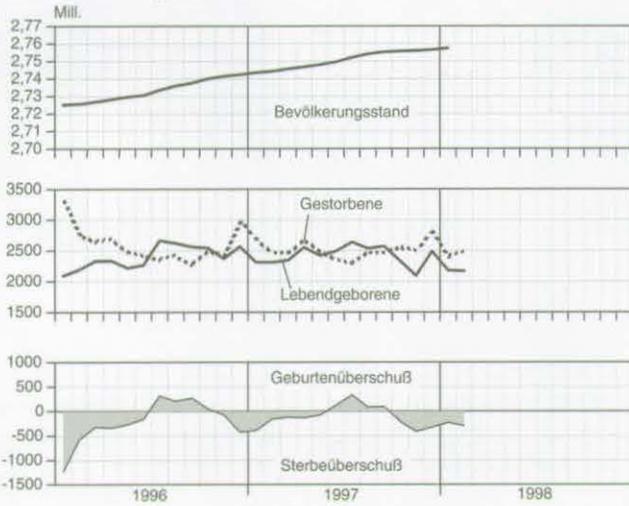
schnittlich 4 286 DM je Monat verdienen. Die Arbeiterinnen im Handwerk verfügten über einen Monatsverdienst von 2 853 DM, die Arbeiter hatten mit 3 854 DM einen um 35,1 % höheren Monatsverdienst. Die Gesellen verdienen mit 3 882 DM je Monat 21,2 % mehr als die übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter, die einen Bruttomonatsverdienst von 3 203 DM erzielten.

Über die höchsten Monatslöhne konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter im Tischlerhandwerk mit 4 098 DM verfügen, während im Fleischerhandwerk mit 3 374 DM am wenigsten verdient wurde. Über dem Landesdurchschnitt der Bruttomonatsverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter lagen neben dem Tischlerhandwerk auch die Maler und Lackierer, die Klempner, Gas- und Wasserinstallateure sowie die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer.

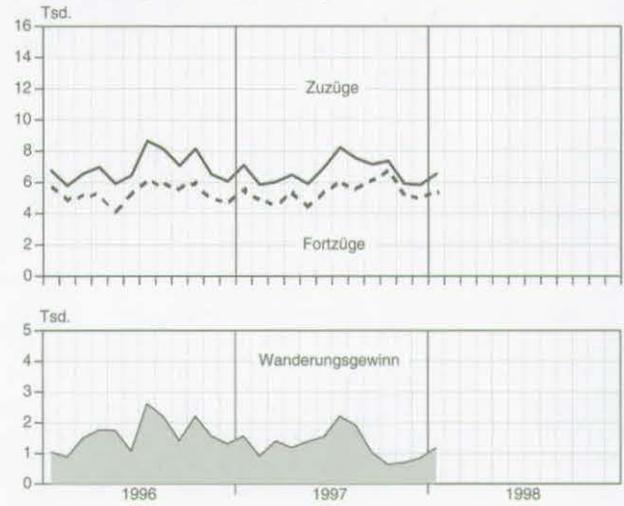
Thorsten Quiel

109801 Stat.LA S-H

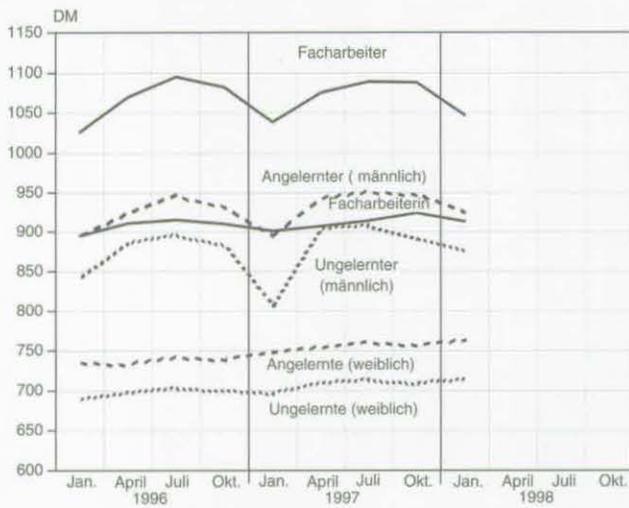
Bevölkerungsstand



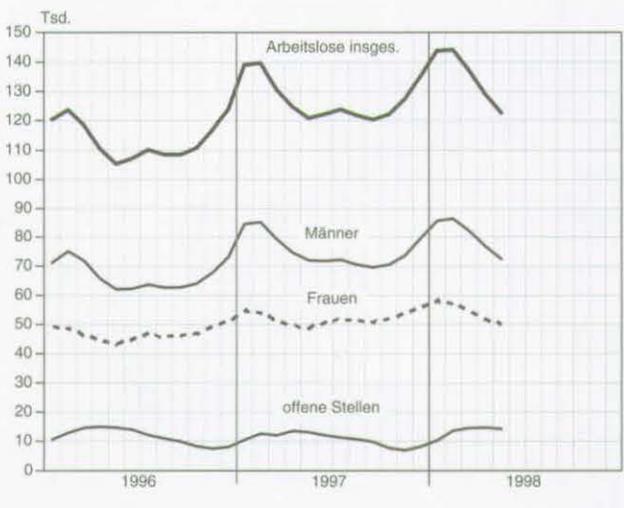
Bevölkerungsveränderung



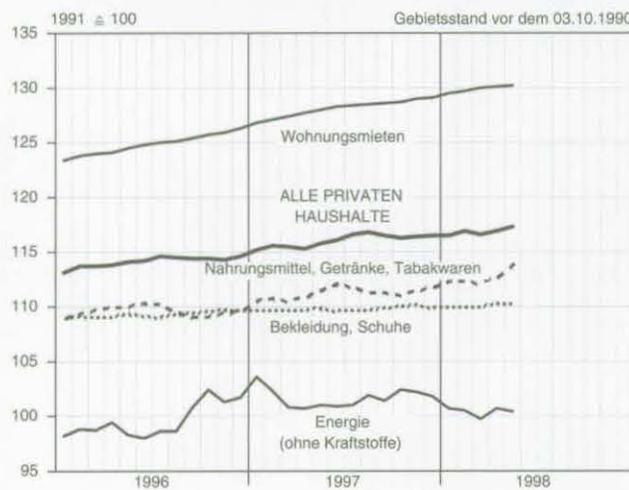
Bruttowochenverdienste



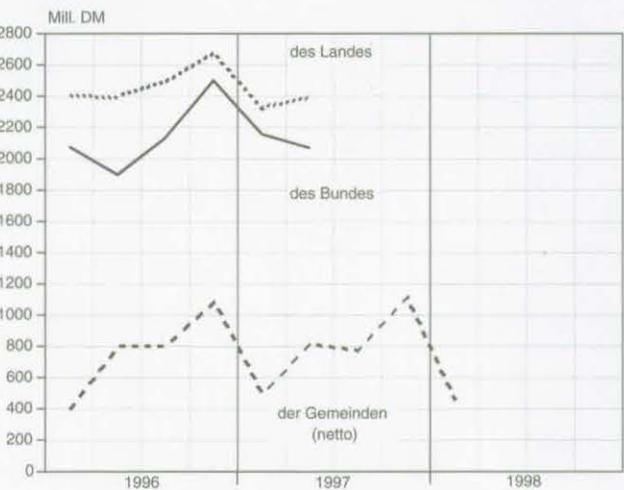
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

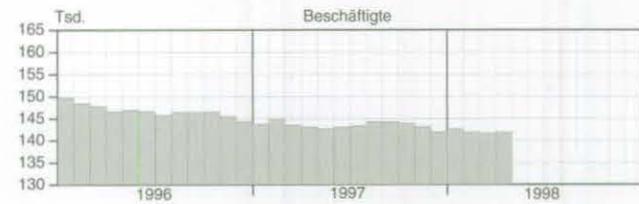
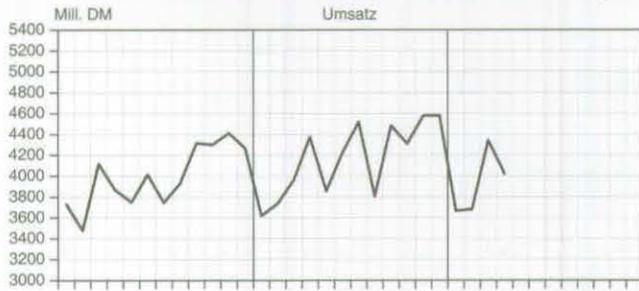


Steuereinnahmen



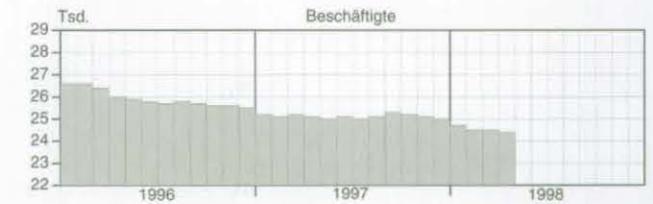
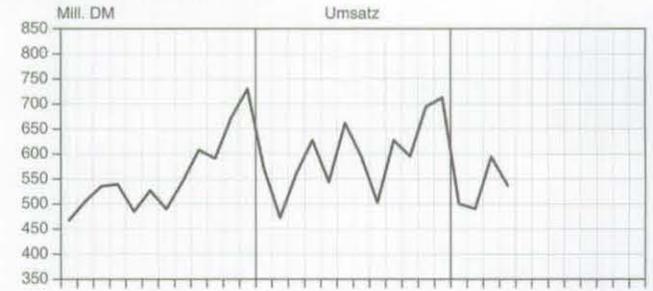
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

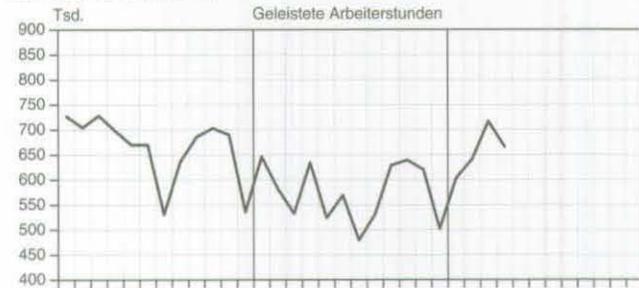


darunter Maschinenbau

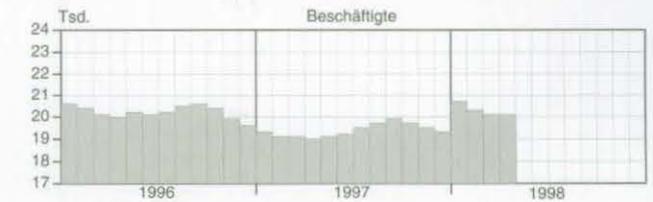
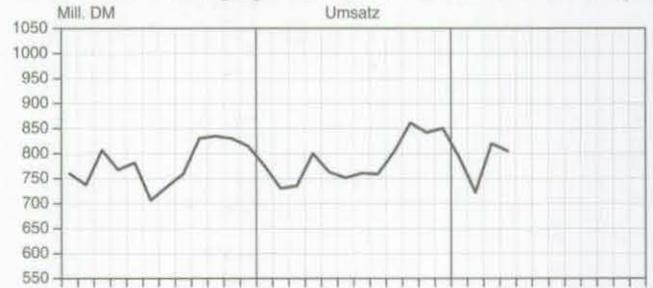
109802 Stat.LA S-H



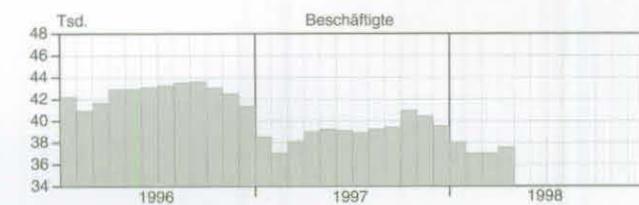
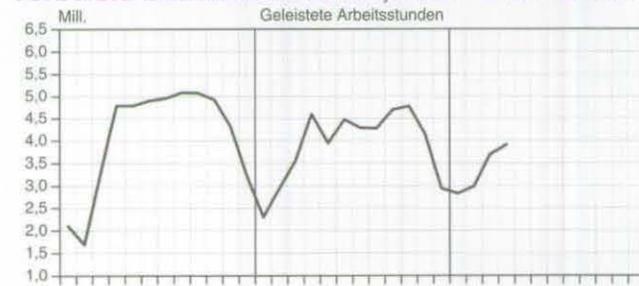
darunter Schiffbau



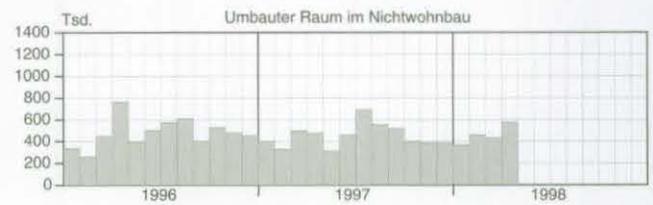
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

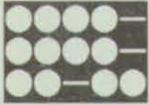


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
		April 1998		Januar bis April 1998	
Energiewirtschaft					
Stromerzeugung (brutto)	Gwh
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	142	- 2,5	142	- 2,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	- 6,1	12	- 2,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	714	- 0,9	704	- 1,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 022	- 7,5	3 928	+ 0,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 816	- 7,3	2 783	+ 0,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 206	- 9,1	1 145	+ 1,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige					
aus dem Inland			+ 0,1		+ 6,4
aus dem Ausland			+ 22,8		+ 17,8
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	38	- 7,8	37	- 4,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 19,8	3	- 3,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	156	- 0,2	135	- 1,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	475	- 12,1	399	+ 4,0
Auftragseingang ³	Mill. DM	321	+ 10,7	250	+ 3,6
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 728	- 20,8	1 506	- 3,9
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	575	+ 21,1	456	+ 7,5
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	103,3	- 3,9	98,3	+ 1,2
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	91,4	+ 2,5	71,4	- 4,9
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	p 330	p+ 11,7	p 216	p+ 0,3
Übernachtungen	1 000	p 1 527	p+ 13,7	p 872	p- 5,1
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	129 197	+ 3,6	139 349	+ 4,5
Offene Stellen	Anzahl	14 768	+ 9,0	12 473	+ 4,5
Kurzarbeiter	Anzahl	5 376	- 36,6	5 981	- 38,3
Insolvenzen					
Anzahl		58	- 22,7	87	+ 5,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

*Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich*

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %													
		Januar bis Dez. 1997	Jan 1997	Juni 1997	Juli 1997	August 1997	Sept. 1997	Oktober 1997	Nov. 1997	Dez. 1997	Jan 1998	Febr. 1998	März 1998	April 1998	
Verarbeitendes Gewerbe¹															
Beschäftigte	Land	- 2,6	- 3,1	- 2,8	- 2,2	- 2,0	- 2,2	- 2,1	- 2,0	- 2,0	- 2,4	- 2,8	- 2,9	- 2,5	
	Bund	- 3,2	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,2	- 1,8	- 1,3	- 1,2	p+	0,7	
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 4,2	- 9,0	- 3,2	- 3,5	- 7,5	- 2,4	- 1,9	- 5,5	- 1,3	- 6,1	- 2,6	+ 4,6	- 6,1	
	Bund	- 3,2	- 10,1	+ 2,1	+ 0,4	- 6,8	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 2,0	- 3,0	+ 0,1	p+	10,6	
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 1,2	- 1,7	- 2,4	- 0,3	- 0,9	+ 1,3	- 0,0	+ 1,1	+ 0,5	- 3,0	+ 0,2	- 0,9	- 0,9	
	Bund	- 1,7	- 2,4	- 0,6	- 1,7	- 2,7	- 1,9	- 1,0	- 0,4	+ 0,4	- 0,6	±	0,0	p+	1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 5,6	+ 2,9	+ 5,3	+ 20,4	- 1,6	+ 7,6	+ 1,3	+ 5,1	+ 8,6	+ 1,7	+ 1,0	+ 10,3	- 7,5	
	Bund	+ 4,8	+ 1,3	+ 12,1	+ 8,7	+ 3,4	+ 7,9	+ 4,6	+ 3,9	+ 7,2	+ 2,5	+ 4,9	p+	16,3	
Inlandsumsatz	Land	+ 0,4	- 1,5	+ 1,8	+ 6,5	- 4,3	+ 2,4	- 0,9	+ 4,2	+ 1,7	+ 0,3	- 1,6	+ 10,4	- 7,3	
	Bund	+ 1,5	- 4,2	+ 8,1	+ 5,5	- 0,7	+ 4,2	+ 1,1	+ 0,0	+ 3,7	- 0,1	+ 2,0	p+	13,5	
Auslandsumsatz	Land	+ 20,2	+ 16,2	+ 14,6	+ 63,9	+ 6,2	+ 22,0	+ 7,6	+ 7,2	+ 24,9	+ 5,3	+ 0,4	+ 10,1	- 8,1	
	Bund	+ 12,4	+ 5,2	+ 20,7	+ 15,9	+ 13,2	+ 16,1	+ 12,1	+ 12,3	+ 15,0	r+	8,1	+ 10,7	+ 22,3	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 4,1	+ 5,5	- 12,1	+ 1,1	+ 9,1	+ 13,5	+ 17,1	+ 1,5	+ 33,9	+ 13,7	+ 3,3	+ 19,3	+ 8,9	
	Bund	+ 6,5	±	0,0	+ 12,7	+ 7,0	+ 5,5	+ 13,4	+ 7,0	+ 5,9	+ 11,8	+ 6,9	+ 9,6	+ 18,5	
aus dem Inland	Land	- 2,8	- 4,2	- 27,2	- 5,2	+ 4,2	+ 12,6	+ 24,5	- 0,9	+ 18,3	+ 6,5	+ 5,7	+ 13,9	+ 0,1	
	Bund	+ 1,7	- 2,7	+ 5,3	+ 3,3	- 0,6	+ 5,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 6,0	+ 7,0	+ 8,9	+ 17,9	...	
aus dem Ausland	Land	+ 17,4	+ 26,4	+ 23,6	+ 13,6	+ 19,7	+ 15,1	+ 5,2	+ 5,6	+ 60,0	+ 26,2	+ 0,5	+ 28,6	+ 22,8	
	Bund	+ 14,1	+ 4,2	+ 24,8	+ 13,1	+ 15,5	+ 26,4	+ 12,8	+ 10,2	+ 20,4	+ 6,8	+ 10,6	+ 19,1	...	
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 3,5	+ 0,5	-	-	- 12,5	-	-	- 0,8	-	-	- 1,7	-	-	
	Bund	+ 1,3	+ 4,1	-	-	+ 3,6	-	-	+ 0,6	-	-	-	-	-	
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²															
Beschäftigte	Land	- 5,8	- 4,5	- 5,6	- 6,0	- 5,8	- 5,5	- 4,9	- 4,9	- 4,4	- 1,3	- 0,1	- 7,1	- 7,8	
	Bund	- 6,7	- 6,6	- 6,3	- 6,4	- 6,3	- 5,8	- 5,7	- 5,3	- 5,2	- 2,1	- 2,1	
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 1,1	- 12,9	- 4,7	- 8,8	- 11,2	- 2,4	- 3,0	- 3,9	- 8,4	+ 22,9	+ 1,3	- 2,0	- 19,8	
	Bund	- 4,8	- 16,7	- 0,1	- 5,4	- 12,5	- 2,9	- 4,6	- 4,1	- 5,7	- 17,4	- 4,7	
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 4,9	- 6,9	- 3,6	- 7,5	- 10,1	- 4,3	- 5,1	- 16,4	- 4,2	- 2,1	+ 1,1	- 6,3	- 0,2	
	Bund	- 6,6	- 9,1	- 3,6	- 7,1	- 9,2	- 3,7	- 6,3	- 13,0	- 4,5	- 0,9	- 1,7	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 1,3	- 6,9	- 5,1	- 1,7	- 11,3	- 0,0	- 0,5	- 12,7	- 14,0	- 4,5	+ 6,7	+ 19,8	- 12,1	
	Bund	- 2,0	- 7,0	+ 0,5	- 4,7	- 8,0	- 2,5	- 3,3	- 6,4	- 4,9	+ 5,5	- 0,4	
Auftragseingang ³	Land	+ 0,3	+ 29,9	- 18,6	- 3,3	- 14,8	+ 20,9	+ 5,6	+ 21,7	- 8,8	- 7,1	- 5,0	+ 9,3	+ 10,7	
	Bund	- 5,4	- 5,7	- 1,7	- 8,0	- 11,3	- 0,8	- 4,0	- 8,6	- 5,2	- 6,0	- 9,6	
Baugenehmigungen⁴															
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 10,4	- 4,5	- 10,4	+ 19,2	- 1,9	+ 35,9	+ 18,1	+ 20,4	+ 17,1	+ 2,7	- 7,0	+ 18,1	- 20,8	
	Bund	p-	4,1	+ 4,4	- 12,8	- 6,8	- 3,3	+ 8,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 12,8	- 9,6	- 19,4	...	
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 6,2	- 21,2	- 9,0	+ 19,7	- 8,9	+ 29,6	- 25,1	- 19,5	- 15,5	- 8,8	+ 39,1	- 13,3	+ 21,1	
	Bund	p-	0,5	- 2,1	- 1,5	- 9,5	+ 2,7	+ 4,1	+ 1,8	+ 8,7	- 6,1	- 2,2	- 2,1	...	
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)															
Umsatz	Land	+ 0,2	- 2,2	+ 1,4	+ 0,2	- 2,4	+ 2,0	+ 1,5	- 2,7	+ 3,1	r-	1,3	r+	1,3	
	Bund	+ 0,0	- 3,1	+ 3,3	+ 1,2	- 4,5	+ 1,9	+ 2,8	- 3,4	+ 2,5	- 1,6	r+	0,2	+ 7,7	
Gastgewerbe															
Umsatz	Land	- 3,1	- 2,9	- 7,8	r-	5,0	+ 0,7	- 1,9	- 4,0	- 2,6	- 0,5	r-	1,6	r-	
	Bund	- 0,8	r-	1,2	- 0,7	- 1,4	- 0,1	+ 1,3	r-	1,2	r-	0,4	r+	2,9	
Fremdenverkehr⁵															
Ankünfte	Land	+ 2,5	+ 6,6	- 5,4	+ 2,0	+ 6,8	+ 3,2	+ 8,7	- 2,6	+ 1,0	p+	6,4	p+	2,0	
	Bund	+ 2,1	+ 0,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 3,2	- 0,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 3,2	p+	5,7	
Übernachtungen	Land	- 3,8	- 2,6	- 9,9	- 6,6	+ 4,8	+ 1,0	+ 0,4	- 11,2	- 12,3	p-	6,7	p-	3,3	
	Bund	- 5,4	- 5,0	- 4,9	- 7,2	- 0,4	- 2,7	- 3,8	- 8,1	- 4,4	- 4,7	+ 0,1	p-	4,8	
Arbeitsmarkt															
Arbeitslose	Land	+ 12,2	+ 14,7	+ 14,0	+ 12,4	+ 12,3	+ 10,9	+ 10,3	+ 9,1	+ 9,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,6	
	Bund	+ 8,0	+ 10,3	+ 9,7	+ 8,1	+ 7,7	+ 6,7	+ 5,5	+ 4,1	+ 3,5	- 0,4	- 0,8	- 1,1	- 2,1	
Offene Stellen	Land	- 6,1	- 10,5	- 13,9	- 7,2	- 2,5	- 0,8	- 7,4	- 7,9	+ 2,4	- 2,1	+ 8,5	+ 4,2	+ 9,0	
	Bund	+ 4,1	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 7,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 10,0	+ 11,1	+ 11,8	+ 12,2	+ 14,7	+ 19,8	
Kurzarbeiter	Land	+ 9,6	+ 62,3	+ 69,6	+ 39,1	+ 28,2	+ 10,6	+ 15,7	+ 12,8	- 12,1	- 38,5	- 43,5	- 34,0	- 36,6	
	Bund	- 35,4	- 42,0	- 44,0	- 48,9	- 46,6	- 49,7	- 53,8	- 46,6	- 45,3	- 52,9	- 50,6	- 44,3	- 43,6	
Insolvenzen															
Anzahl	Land	- 0,4	- 7,1	+ 27,4	- 6,9	+ 16,9	- 28,2	- 8,0	+ 56,5	- 22,7	- 18,3	+ 38,8	+ 26,0	- 22,7	
	Bund	...	+ 6,2	+ 26,2	- 1,8	+ 9,6	+ 2,1	+ 5,5	+ 9,8	+ 9,9	+ 13,8	+ 0,8	+ 16,4	...	

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)
² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1
³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
⁴ nur Errichtung neuer Gebäude
⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze
p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 06/1998

Jahreszahlen
Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1993	138	11	48	61	10	9	36	32	23	99 649	+ 2,8	92 559	- 0,5	92
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	106 833	+ 2,9	95 241	+ 1,1	91
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	109 250	+ 2,3	96 540	+ 1,4	91
1997	160	12	53	62	14	112 456	+ 2,9	98 605	+ 2,1	91

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	.. ^a	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a	.. ^a	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^a	402 ^a	1 308 ^a	.. ^a	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸	Beschäftigte am 30.06. in 1 000
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415	48
								1 000 t		Mill. kwh		
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
1997	143	89	142	4 638	4 359	49 737	14 861	172	831	5 383	3 412	41

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

² ab 1994 vorläufige Ergebnisse

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigsystematik (WZ'93)

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	...	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger in 1 000	
	1 000							Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM
	1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,0	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	3 223	1 430	28 991	5 318	4 184

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1991 = 100)					Löhne und Gehälter ¹²						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohngebäude ¹⁰	Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁰		Industriearbeiter ¹³		Angestellte in Industrie ¹³ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte ¹⁰	landwirtschaftlicher Produkte ¹¹		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁴		
									kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)
									Männer	Frauen	Männer	Frauen
1993	101,4	90,6	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	91,7	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	91,6	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	91,1	115,3	114,1	109,6	1 022 ^a	734 ^a	5 419 ^a	3 870 ^a	6 254 ^a	4 769	3 594
1997	104,2	p 92,6	114,8	116,1	111,2	1 024 ^a	746 ^a	5 514 ^a	3 962 ^a	6 240 ^a	4 628	3 438

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr, ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspareinlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹⁰ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

¹¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet

¹² Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹³ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹⁴ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	...	p 2 750	p 2 744	p 2 746	p 2 747	p 2 757
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	...	p 1 486	p 854	p 835	p 1 107	p 455
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 6,5	p 3,1	p 3,6	p 4,9	p 1,9
* Lebendgeborene	Anzahl	...	p 2 423	p 2 312	p 2 342	p 2 553	p 2 180
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 10,6	p 11,0	p 10,0	p 11,3	p 9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	...	p 2 523	p 2 471	p 2 460	p 2 687	p 2 408
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 11,0	p 11,7	p 10,6	p 11,9	p 10,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	...	p 12	p 9	p 15	p 10	p 15
	je 1 000 Lebendgeborene	...	p 5,0	p 3,9	p 6,4	p 3,9	p 6,9
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	...	p - 100	p - 159	p - 118	p - 134	p - 228
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p - 0,4	p - 0,8	p - 0,5	p - 0,6	p - 1,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 921	6 704	5 861	6 031	6 488	6 542	5 234
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 677	1 489	1 462	1 335	1 456	1 444	1 083
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 306	5 423	4 945	4 623	5 294	5 360	4 879
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 110	1 168	1 020	899	1 117	1 076	1 091
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 615	+ 1 281	+ 916	+ 1 408	+ 1 194	+ 1 182	+ 355
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 945	11 316	10 452	10 286	10 842	12 332	10 377
* Wanderungsfälle	Anzahl	23 172	23 443	21 258	20 940	22 624	24 234	20 490
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	113	127	140	131	125	144	144	137	129
* darunter Männer	1 000	66	75	85	79	75	86	86	82	77
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	5,8	6,4	10,8	9,8	8,5	6,0	6,1	6,4	5,4
* darunter Männer	1 000	5,0	5,1	9,3	8,3	7,1	4,6	4,8	5,3	4,5
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	11,5	10,8	12,6	13,9	13,6	10,3	13,7	14,5	14,8
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 397 ^a	1 336 ^a	1 336	.	.
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	422 ^a	402 ^a	402	.	.
Schweine	1 000	1 293 ^a	1 308 ^a	.	.	1 282	.	1 308	.	1 328
darunter Zuchtsauen	1 000	119 ^a	124 ^a	.	.	116	.	124	.	124
darunter trächtig	1 000	83 ^a	89 ^a	.	.	78	.	89	.	89
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	33	33	37	34	32	35	30
Kälber	1 000 St.	1	1	0	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	109	106	100	84	108	120	109	117	110
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	0	1	1	1	0	1
* Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,8	20,7	19,0	17,8	21,2	21,6	19,9	21,6	19,5
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,6	10,8	9,7	10,0	11,2	10,3	9,7	10,7	9,2
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	9,9	9,6	9,0	7,6	9,7	11,0	9,9	10,6	10,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	307	302	302	301	306	300	304	307	307
Kälber	kg	136	136	143	136	135	136	145	137	127
Schweine	kg	91	91	91	91	91	92	91	91	92
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	29 010	29 607	29 341	32 315	30 752	29 003	26 999	32 064	30 581
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	61	61
* Milcherzeugung										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	96	96	97	97	96	96	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	15,6	15,6	16,9	16,2	16,1	16,0	...

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	147	146	146	146	146	142	142	142	142
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	92	91	91	91	91	88	88	87	87
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 320	12 063	12 011	11 906	12 611	11 548	11 683	12 448	11 844
* Lohnsumme	Mill. DM	397,2	392,1	356,4	365,9	374,1	361,2	350,5	357,5	363,6
* Gehaltssumme	Mill. DM	361,8	366,1	332,8	344,2	346,1	346,5	340,0	345,9	350,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 926	4 171	3 718	3 937	4 348	3 658	3 681	4 342	4 022
* Inlandsumsatz	Mill. DM	2 896	2 931	2 601	2 826	3 036	2 641	2 559	3 119	2 816
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 030	1 239	1 117	1 111	1 312	1 017	1 122	1 223	1 206
Kohleverbrauch	1 000 t	15	14	-	-	-	-	-	-	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	426	449	-	-	-	-	-	-	-
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Heizölverbrauch	1 000 t	76	70	-	-	-	-	-	-	-
leichtes Heizöl	1 000 t	7	5	-	-	-	-	-	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	68	64	-	-	-	-	-	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	326	324	310	318	331	321	310	325	328
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	39	38	38	37	44	40	40	35
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 423	2 659	2 932	3 108	2 892	3 037	2 797
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 041	1 081	1 091	1 117	1 077	1 214	1 073
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³	-	-	-	-	-	-	-
Handwerk (Meßzahlen)³										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1994 = 100	-	...	-	-	-	...	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1994 = 100	-	...	-	-	-	...	-
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	42 566	40 115	37 011	39 799	40 741	38 006	36 982	36 985	37 550
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 093	4 048	2 947	3 767	4 866	2 827	2 985	3 693	3 901
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 006	2 059	1 577	1 948	2 498	1 530	1 559	1 836	1 958
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	942	876	695	830	1 039	658	676	847	857
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 098	1 065	662	962	1 280	612	721	970	1 055
* Lohnsumme	Mill. DM	133,5	126,2	89,2	110,7	126,0	103,5	90,5	103,1	124,9
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,3	32,4	28,9	29,8	30,0	29,9	28,9	28,6	30,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	541,5	534,4	308,2	433,8	539,9	273,9	328,9	519,8	474,7
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	291,5	292,3	218,9	289,2	289,6	155,0	208,0	316,2	320,6
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	12 296	12 693	-	12 546	-	-	-	...	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 357	1 477	-	3 984	-	-	-	...	-
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	48,1	49,4	-	138,2	-	-	-	...	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	145,0	142,3	-	320,7	-	-	-	...	-

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	729	842	698	915	957	659	710	1 108	1 065
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	561	682	573	751	746	563	570	943	933
2 Wohnungen	Anzahl	92	86	63	84	86	55	69	100	63
* Rauminhalt	1 000 m³	694	761	670	789	966	587	660	960	900
* Wohnfläche	1 000 m²	132	148	131	151	193	104	126	185	171
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	105	103	85	86	99	93	75	116	107
* Rauminhalt	1 000 m³	479	449	327	496	475	363	455	430	575
* Nutzfläche	1 000 m²	79	76	67	70	76	62	71	76	101
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 641	1 757	1 685	1 727	2 367	1 258	1 574	1 986	1 869
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 223,8	1 373,9	1 166,2	1 152,9	1 350,3	1 201,9	1 390,0
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	156,5	134,0	122,4	133,2	160,0	146,2	150,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 067,3	1 239,9	1 043,9	1 019,8	1 190,3	1 055,7	1 239,8
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	25,0	27,7	23,2	18,8	35,6	19,8	26,8
* Halbwaren	Mill. DM	68,4	76,5	78,9	62,4	73,0	70,1	68,4
* Fertigwaren	Mill. DM	973,9	1 135,7	941,8	938,5	1 081,6	965,8	1 144,5
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	150,3	181,5	170,7	190,8	181,0	156,5	193,4
* Enderzeugnisse	Mill. DM	823,5	954,1	771,1	747,7	900,6	809,2	951,1
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	676,1	700,3	619,6	619,6	582,2	699,4	790,6
darunter Niederlande	Mill. DM	98,5	102,7	96,4	96,4	112,5	134,4	124,6
Frankreich	Mill. DM	90,1	91,6	81,5	81,5	79,0	115,0	116,0
Italien	Mill. DM	87,9	91,9	105,0	105,0	66,9	69,6	113,3
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,7	96,7	74,4	74,4	70,1	80,2	116,3
Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	102,0	102,2	87,9	100,5	107,5	91,7	89,0	109,3	103,3
Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	97,4	94,4	64,5	83,4	89,1	62,2	60,0	72,0	91,4
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	330	338	165	275	296	p 133	p 169	p 228	p 330
darunter von Auslandsgästen	1 000	26	28	16	21	25	p 13	p 17	p 20	p 28
* Übernachtungen	1 000	1 800	1 731	603	1 194	1 343	p 499	p 583	p 851	p 1 527
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	57	36	47	50	p 29	p 38	p 45	p 57
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 878	2 269	1 989
Güterversand	1 000 t	1 190	1 353	1 362
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	151	156	120	181	174	150	141	178	...
* Güterversand	1 000 t	185	169	150	194	149	198	174	223	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	10 860	11 131	10 260	13 503	14 652	9 633	10 305	15 383	...
darunter Krafträder	Anzahl	745	863	677	1 894	1 740	276	641	1 686	...
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 289	9 350	8 842	10 618	11 743	8 496	8 885	12 568	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Speziaaufbau)	Anzahl	568	636	524	590	769	638	532	680	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 192	1 212	949	991	1 064	1 037	r 829	p 1 010	p 1 043
* Getötete Personen	Anzahl	22	24	13	24	23	20	r 17	p 11	p 30
* Verletzte Personen	Anzahl	1 587	1 602	1 222	1 323	1 359	1 386	r 1 119	p 1 308	p 1 347

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998				
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
GELD UND KREDIT											
Insolvenzen											
*	Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	80	85	77	75	76	118	97	58
*	Unternehmen	Anzahl	66	65	65	67	62	63	89	80	51
*	übrige Gemeinschuldner	Anzahl	14	15	20	10	13	13	29	17	7
*	Beantragte Konkurse	Anzahl	80	80	85	77	75	76	118	97	58
*	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	55	52	50	46	51	57	98	70	38
Kredite und Einlagen¹											
			4-Monats- durchschnitt ³								
	Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	134 465	144 326	-	139 009	-	-	-	-	-
	darunter										
	Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	131 358	140 341	-	135 514	-	-	-	-	-
	kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 099	16 781	-	16 164	-	-	-	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 505	16 480	-	15 940	-	-	-	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	594	301	-	224	-	-	-	-	-
	mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 889	7 600	-	7 570	-	-	-	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 186	6 511	-	6 435	-	-	-	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 702	1 089	-	1 135	-	-	-	-	-
	langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	107 371	115 960	-	111 780	-	-	-	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	80 446	87 690	-	84 898	-	-	-	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	26 926	28 270	-	26 882	-	-	-	-	-
	Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	88 381	93 609	-	91 686	-	-	-	-	-
	Sichteinlagen und Termingelder										
	von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	58 899	61 877	-	60 529	-	-	-	-	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	52 919	55 902	-	54 655	-	-	-	-	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 980	5 975	-	5 874	-	-	-	-	-
	Spareinlagen	Mill. DM	28 466	30 238	-	30 174	-	-	-	-	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 038	29 780	-	29 683	-	-	-	-	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	429	458	-	491	-	-	-	-	-
STEUERN											
Steueraufkommen nach der Steuerart											
			Vierteljahres- durchschnitt		1. Vj. 97			1. Vj. 98			
	Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 097	...	-	3 825	-	-	-	-	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	1 955	...	-	1 688	-	-	-	-	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	201	...	-	257	-	-	-	-	-
	nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	70	...	-	100	-	-	-	-	-
	Zinsabschlag	Mill. DM	52	...	-	85	-	-	-	-	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	255	...	-	229	-	-	-	-	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	1 382	...	-	1 359	-	-	-	-	-
	Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	106	...	-	106	-	-	-	-	-
	Bundessteuern	Mill. DM	281	...	-	389	-	-	-	-	-
	Versicherungsteuer	Mill. DM	46	...	-	117	-	-	-	-	-
	Landessteuern	Mill. DM	312	...	-	277	-	-	-	-	-
	Vermögensteuer	Mill. DM	64	...	-	19	-	-	-	-	-
	Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	...	-	73	-	-	-	-	-
	Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	125	...	-	128	-	-	-	-	-
	Gemeindesteuern	Mill. DM	450	498	-	451	-	-	-	-	-
	Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	8	-	-	-	-	-
	Grundsteuer B	Mill. DM	107	112	-	103	-	-	-	-	-
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	316	357	-	324	-	-	-	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft											
	Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 152	...	-	2 157	-	-	-	-	-
	Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 871	...	-	1 769	-	-	-	-	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	831	...	-	717	-	-	-	-	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	86	...	-	109	-	-	-	-	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	127	...	-	114	-	-	-	-	-
	Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	751	...	-	740	-	-	-	-	-
	Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 495	...	-	2 330	-	-	-	-	-
	Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 070	...	-	1 961	-	-	-	-	-
	Lohnsteuer und Lohnsteuererlegung	Mill. DM	936	...	-	866	-	-	-	-	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	81	...	-	108	-	-	-	-	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	116	...	-	108	-	-	-	-	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	687	...	-	649	-	-	-	-	-
	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	847	885	-	518	-	-	-	-	-
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	242	278	-	309	-	-	-	-	-
	Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	397	361	-	67	-	-	-	-	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel
Schleswig-Holstein

	1996	1997	1997			1998			
	Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	97,8	100,9	100,5	100,5	100,3	100,9	100,6
Ausfuhrpreise ²	103,5	105,1	104,2	104,4	104,7	105,7	105,8
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²	98,8	100,7	100,0	100,1	100,4	100,4	100,1	99,8	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ²	103,5	104,7	104,1	104,1	104,4	104,8	104,8	104,7	...
landwirtschaftlicher Produkte ²	91,1	92,5	89,6	90,9	94,1	92,2
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹	115,3	114,8	114,9	.	.	.	114,4	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	105,6	107,5	105,7	107,4	108,4	106,6	106,9	106,6	...
Einzelhandelspreise	107,6	108,2	108,0	107,8	107,9	108,3	108,4	108,2	108,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	114,1	116,1	115,6	115,5	115,3	116,5	116,9	116,6	116,9
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	109,6	111,2	110,7	110,5	110,9	112,3	112,3	112,1	112,6
Bekleidung, Schuhe ¹	109,3	109,8	109,6	109,7	109,7	109,9	110,0	110,0	110,2
Wohnungsmieten ¹	124,8	128,1	127,1	127,4	127,7	129,5	129,7	130,0	130,1
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	99,6	101,7	102,3	100,8	100,7	100,7	100,5	99,7	100,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	110,9	111,6	111,3	111,4	111,6	112,0	112,0	112,1	112,4
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 022	1 024	.	.	1 027	1 000
darunter Facharbeiter	1 075	1 078	.	.	1 075	1 047
weibliche Arbeiter	734	746	.	.	746	750
darunter Hilfsarbeiter	698	708	.	.	709	713
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,71	26,84	.	.	26,73	27,16
darunter Facharbeiter	28,27	28,45	.	.	28,22	23,81
weibliche Arbeiter	19,59	19,99	.	.	20,06	20,16
darunter Hilfsarbeiter	18,49	18,84	.	.	18,87	19,05
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,1	38,0	.	.	38,4	36,8
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,4	37,3	.	.	37,2	37,2
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 434	6 567	.	.	6 554	6 602
weiblich	4 495	4 624	.	.	4 619	4 679
technische Angestellte									
männlich	6 575	6 579	.	.	6 558	6 592
weiblich	4 520	4 573	.	.	4 574	4 601
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 076	5 157	.	.	5 142	5 242
weiblich	3 689	3 774	.	.	3 768	3 822
technische Angestellte									
männlich	4 810	4 773	.	.	4 870	4 749
weiblich	3 354	3 240	.	.	3 231	3 192
Produzierendes Gewerbe⁴, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 419	5 514	.	.	5 499	5 598
weiblich	3 870	3 962	.	.	3 957	4 019
technische Angestellte									
männlich	6 254	6 240	.	.	6 233	6 286
weiblich	4 413	4 466	.	.	4 463	4 494

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.01.1998			Bevölkerungsveränderung im Januar 1998			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1998 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat ¹						
FLENSBURG	85 472	- 0,1	- 1,3	- 7	- 68	- 75	25	-	35
KIEL	240 570	+ 0,0	- 1,1	- 62	+ 116	+ 54	107	1	151
LÜBECK	215 355	- 0,0	- 0,2	- 58	+ 37	- 21	79	2	100
NEUMÜNSTER	81 337	+ 0,0	- 0,5	- 9	+ 24	+ 15	40	1	44
Dithmarschen	135 721	- 0,0	+ 0,6	- 16	- 36	- 52	48	-	63
Herzogtum Lauenburg	174 296	+ 0,1	+ 1,1	- 24	+ 193	+ 169	60	4	68
Nordfriesland	162 127	+ 0,0	+ 0,8	- 12	+ 55	+ 43	64	5	80
Ostholstein	199 339	+ 0,1	+ 0,5	- 40	+ 150	+ 110	73	4	98
Pinneberg	286 626	+ 0,1	+ 0,5	- 13	+ 223	+ 210	118	2	144
Plön	129 117	- 0,1	+ 1,5	- 23	- 57	- 80	50	-	70
Rendsburg-Eckernförde	263 769	+ 0,1	+ 1,1	+ 4	+ 129	+ 133	106	1	131
Schleswig-Flensburg	193 127	+ 0,1	+ 1,1	- 14	+ 246	+ 232	66	1	92
Segeberg	242 311	+ 0,0	+ 1,0	+ 41	+ 17	+ 58	95	5	124
Steinburg	135 059	+ 0,0	+ 0,8	+ 14	+ 47	+ 61	37	2	46
Stormarn	213 201	+ 0,0	+ 0,8	- 9	+ 106	+ 97	75	2	101
Schleswig-Holstein	2 757 427	+ 0,0	+ 0,5	- 288	+ 1 182	+ 954	1 043	30	1 347

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.1998		
	Betriebe am 30.04.1998	Beschäftigte am 30.04.1998	Umsatz ⁴ im April 1998 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	51	9 136	424	44 500	38 727	453
KIEL	104	15 000	255	121 270	104 786	436
LÜBECK	114	14 428	318	111 426	96 903	450
NEUMÜNSTER	70	6 952	153	47 107	40 217	495
Dithmarschen	64	6 719	393	89 929	71 286	525
Herzogtum Lauenburg	95	7 663	134	111 717	94 777	544
Nordfriesland	59	3 114	101	108 740	87 311	539
Ostholstein	84	5 449	155	125 044	105 063	527
Pinneberg	182	16 608	490	175 715	149 361	521
Plön	40	2 426	49	79 555	65 969	511
Rendsburg-Eckernförde	105	7 408	198	170 724	140 569	533
Schleswig-Flensburg	77	4 175	126	127 179	102 240	530
Segeberg	187	15 763	481	167 906	141 008	582
Steinburg	77	7 770	245	87 406	70 915	525
Stormarn	173	19 205	501	142 771	122 736	576
Schleswig-Holstein	1 482	141 816	4 022	1 710 989	1 431 868	519

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.04.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: November 1997

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 06/1998

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.09.1997		Arbeitslose Ende April 1998			Kurzarbeiter Mitte April 1998	offene Stellen Ende April 1998	Be- schäftigte am 30.02.1998	Umsatz ³ im Februar 1998	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 394,6	+ 0,3	358,6	- 7,3	8,1	17,6	68,0	1 231	30 679	38
Bayern	12 065,8	+ 0,3	420,9	- 4,1	8,2	14,3	77,7	1 171	31 292	38
Berlin	3 435,8	- 0,8	280,5	+ 6,3	18,4	5,6	8,2	121	4 362	19
Brandenburg	2 568,1	+ 0,7	238,1	+ 12,6	20,2	9,0	12,5	93	1 995	13
Bremen	675,3	- 0,5	47,1	- 0,1	16,9	2,5	4,0	66	2 614	54
Hamburg	1 707,0	- 0,2	91,6	- 0,5	12,8	3,6	6,3	103	7 207	17
Hessen	6 034,3	+ 0,2	259,7	- 0,3	10,2	7,8	29,8	469	12 462	36
Mecklenburg-Vorpommern	1 810,7	- 0,5	184,1	+ 11,8	22,0	5,5	11,1	43	881	20
Niedersachsen	7 841,1	+ 0,4	404,3	- 1,0	12,5	11,3	50,4	555	17 832	36
Nordrhein-Westfalen	17 973,9	+ 0,2	870,3	- 2,0	11,8	24,1	84,1	1 516	41 383	31
Rheinland-Pfalz	4 016,5	+ 0,6	158,9	- 1,9	9,8	5,8	31,9	309	9 089	42
Saarland	1 082,0	- 0,1	54,0	- 4,7	12,9	1,8	5,0	106	2 674	38
Sachsen	4 531,1	- 0,5	404,1	+ 10,8	19,9	12,3	27,4	207	3 819	15
Sachsen-Anhalt	2 709,4	- 0,7	288,4	+ 8,8	23,0	9,2	21,0	101	2 298	13
Schleswig-Holstein	2 755,2	+ 0,6	129,2	+ 3,6	11,2	5,4	14,8	142	3 681	31
Thüringen	2 481,2	- 0,5	230,8	+ 8,9	20,2	7,6	17,2	112	2 175	21
Bundesrepublik Deutschland	82 082,0	+ 0,1	4 420,7	+ 1,7	12,7	143,4	469,2	6 345	174 443	34
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 691,4	+ 0,2	2 952,1	- 2,1	10,6	97,7	377,0	5 770	162 933	35
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 390,6	- 0,3	1 468,6	+ 10,3	20,8	45,8	92,2	575	11 510	16

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Januar 1998		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Februar 1998				
	Beschäftigte am 31.12.1997	Baugewerblicher Umsatz ³ im Dezember 1997		Zahl der genehmigten Wohnungen im Dezember 1997	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%	%						
Baden-Württemberg	119	2 072	- 5,8	4 541	635 229	1 860 979	- 3,7	2 016	+ 14,7	3 621	138
Bayern	190	3 539	- 9,2	4 485	1 074 302	3 723 931	- 6,0	3 302	- 13,6	4 603	139
Berlin	45	1 085	- 30,7	2 267	210 340	481 651	+ 5,9	882	- 12,8	1 089	123
Brandenburg	67	1 172	- 16,0	2 773	104 585	317 802	- 8,1	850	- 11,6	1 146	135
Bremen	7	166	- 5,5	142	38 783	71 863	+ 4,5	178	- 18,7	216	121
Hamburg	16	411	- 18,9	743	151 962	260 482	+ 7,8	572	- 0,2	742	130
Hessen	68	1 566	+ 0,9	1 970	551 453	1 401 275	- 7,8	1 732	+ 4,9	2 316	134
Mecklenburg-Vorpommern	43	642	- 22,8	2 509	102 889	338 665	+ 11,7	626	- 7,5	847	135
Niedersachsen	107	1 824	- 8,2	2 896	458 893	1 303 666	- 3,4	2 348	- 8,6	3 172	135
Nordrhein-Westfalen	184	3 514	+ 5,3	12 796	917 465	2 288 663	- 2,5	4 444	- 4,5	5 654	127
Rheinland-Pfalz	47	784	+ 4,2	1 501	232 943	688 066	- 10,6	1 071	- 2,5	1 462	137
Saarland	12	239	+ 16,9	295	37 741	125 339	- 2,1	372	+ 30,5	514	138
Sachsen	117	1 726	- 19,9	3 147	241 076	685 881	- 1,9	1 029	- 9,3	1 379	134
Sachsen-Anhalt	73	1 110	- 20,9	1 870	111 057	269 788	- 5,4	804	- 2,3	1 059	132
Schleswig-Holstein	39	606	- 14,0	1 532	133 061	498 740	- 6,7	829	- 12,6	1 136	137
Thüringen	57	838	- 18,3	1 751	135 988	413 496	+ 1,5	673	- 9,7	894	133
Bundesrepublik Deutschland	1 193	21 292	- 10,1	45 218	5 137 767	14 730 287	- 4,0	23 160	- 2,7	30 941	134
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	820	15 544	- 4,9	31 532	4 382 782	12 569 298	- 4,7	18 797	- 1,2	25 116	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	372	5 748	- 21,8	13 686	754 985	2 160 989	+ 0,3	4 363	- 8,5	5 825	134

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Druckort im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht